

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 R. monatlich. Einzelne R. 30 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anfündigungs-
teile 2,50 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 5 R.,
unter Eingangs 6 R. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Veilage, Synodal-Veilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturzentralbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 263

Freitag, 11. November

1921

Die Anbetung der Gewalt.

Von Richard Lipinski

Meine Erklärung im Landtage am 2. November hat den Widerspruch einer Anzahl Verehrter hervorgerufen. Es wird versucht, durch eine Reihe von Berichtigungen einen dichten Schleier über den festgestellten Tatbestand zu legen, um die Sache un-
berücksichtigt zu gestalten und die Öffentlichkeit von den entscheidenden Feststellungen abzulenken. Außerdem werden mit die verschiedensten Motive für die Veröffentlichung unterstellt. Hierzu habe ich folgendes zu sagen:

Der Weltkrieg hat bewiesen, daß mit der Gewalt weltwirtschaftliche und nationale Probleme nicht gelöst werden können. Diese Erkenntnis scheint noch nicht Gemeingut des Volkes geworden zu sein. Denn gewisse Kreise der Bevölkerung haben noch den Glauben, daß die Wirkungen des Krieges noch außen und innen durch Anwendung von Gewalt verändert werden können. Dieser Glaube ist kindlich, zeigt aber, wie wenig die geistige Umstellung nach der Revolution erfolgt ist und daß gewisse Kreise immer noch an die Gewaltmethode glauben. Es wird von rechtsstehender Seite fortgesetzt mit dem Gespenst eines Linksputschs gearbeitet und die öffentliche Meinung beunruhigt, um den Vorwand zur Rechtfertigung der eigenen Parteipolitik zu erlangen.

Es ist richtig, daß verschiedentlich von Kommunisten der Versuch gemacht worden ist, mit Gewalt die politischen Machtverhältnisse zu verändern, zuletzt im März 1921. Es muß aber festgehalten werden, daß dieser letzte Versuch kläglich zusammengebrochen ist und in Sachsen keine Bedeutung erlangen konnte, weil vom Ministerium des Innern vorbeugende Maßnahmen getroffen worden waren. Gerade der Märzputsch hat auch in den Arbeitervereinen die letzte Illusion zerstört, als wenn es durch Anwendung putschistischer Mittel möglich sei, die politischen Machtverhältnisse zu verändern.

Diese Illusion ist auch dadurch zerstört worden, daß durch das Sinken des Marktwertes eine Steigerung der Produktion und eine Abnahme der Exportlosgenheit herbeigeführt worden ist. Das zeigt, daß die Idee gewalttätiger Putsch nur gedeihen konnte auf einer unsicheren wirtschaftlichen Grundlage der Arbeiterklassen. Dazu kam, daß das Ministerium des Innern vorbeugende Maßnahmen gegen die im Herbst entstehende Forderungswelle und die zu besorgende Auflehnung der Arbeiterschaft eingeleitet hatte. Waren daher aus wirtschaftlichen Gründen keine Linksputsche zu erwarten, so um so weniger aus politischen Gründen, da die kommunistische Partei einen völligen Zusammenbruch erlitten hat und sich in Einzelgruppen auflöste. Dieser Auflösungsprozeß selbst zeigt aber, daß die Putschstatistik in der Arbeiterbewegung keinen Boden mehr gefunden hat. Es ist auch illusorisch, mit geheimen Kampforganisationen, die doch nur in kleinem Umfange und unzulänglich aufgestellt werden könnten, gegen eine geschlossene Kampforganisation, die mit allen modernen Kampfmitteln ausgerüstet ist, aufzutreten.

Die Putschgefahr von links hat den rechtsstehenden Kreisen den Vorwand zur Errichtung von Selbstschutzorganisationen gegeben, die in der letzten Zeit durch den oberösterreichischen Selbstschutz gefördert worden sind. Der oberösterreichische Selbstschutz, der anfangs von der Reichsregierung gebilligt und unterstützt worden ist, hat den anderen Selbstschutzorganisationen nur als Deckmantel gedient, um ihre eigene Daseinsberechtigung nachzuweisen zu können. Es haben sich in den Selbstschutz von Oberösterreich eine Menge Organisationen eingedrängt, um sich selbst zu festigen und eine kompakte konterrevolutionäre Masse zu schaffen. Dazu gehören die sogenannten Arbeitsgemeinschaften: die „Orgeon“, die „Brüder vom Stein“, „Organisation C“, „Organisation Oberland“ usw. Der Selbstschutz Oberösterreich ist dann aber aufgelöst und die Verbündungen für ihn verboten worden. Trotzdem die Auflösung der Arbeitsgemeinschaften von der Reichsregierung angeordnet wurde, sind noch in letzter Zeit für Oberösterreich Verbündungen vorgenommen und Leute vereinzelt nach Oberösterreich geschickt worden. Aus der Billigung der Reichsregierung für den eigentlichen Schutz Oberösterreichs leiten die Selbstschutzorganisationen für sich den guten Glauben her, daß sie selbst sich in Oberösterreich einmischen dürften. Ein durchaus verkehrtes Beginnen! Der Versuch, von links und rechts Selbstschutzorganisationen aufzubauen, führt zu einem immer mehr gesteigerten Mißtrauen innerhalb der Bevölkerung, und jeder Versuch des Neuanstanzes solcher Selbstschutzorganisationen muß naturgemäß das Mißtrauen und die Erbitterung innerhalb der Bevölkerung steigern. Dadurch wird das öffentliche politische Leben vergiftet und jede Aufbaumöglichkeit, sei es im sozialistischen oder kapitalistischen Sinne, unmöglich gemacht, Rußland ist dafür ein durchschlagender Beweis. Es muß die Aufgabe des Staates sein, selbst Ruhe, Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten.

Die sächsische Regierung kann für sich in Anspruch nehmen, nach Kräften dazu beigetragen zu haben, dieses Ziel zu erreichen; wenn es ihr bisher nicht restlos gelungen ist, dieses Ziel zu erreichen, so sind die Selbstschutzorganisationen daran schuld, die es in ihrem eigenen Lebensinteresse nicht zu einer Beruhigung kommen lassen wollen. Die im Landtage von mir abgegebene Erklärung richtet sich an die Bevölkerung Sachsens und wirt um ihre Mitarbeit, um den Gedanken dafür zu werden, daß die Selbsthilfe abgebaut und unterdrückt wird. Je mehr es gelingt, das gegenseitige Mißtrauen und den Meinungsstreit auf dem Boden des politischen Tageskampfes durch die politischen Parteien zurückzuführen, je mehr wird es auch zu einer Beruhigung im öffentlichen Leben kommen.

Das Ministerium des Innern hat Wert darauf gelegt, daß der freie Meinungsaustrausch gewährleistet wird und das Vereins- und Versammlungsrecht sich in steifen Bahnen entwickelt. Auch hier richte ich den Appell an alle, diese Entwicklung durch gewalttätige Einzelmaßnahmen nicht zu stören.

Es wird das Zusammenarbeiten der verschiedenen Organisationen bestritten. Ein Schulbeispiel, das gegen diese Behauptung spricht, ist folgendes: Hauptmann Luyken ist Landesgeschäftsführer der „Brüder vom Stein“. Er gründete im Herbst 1920 das Institut für Heimatkunde, das handelsgerichtlich eingetragen wurde. Das Bureau dieses Instituts befindet sich im Bureau der Abwicklungsstelle der Zeitfreiwilligen, Bataillon 0, Leipzig, Kronblümling 9. In demselben Räume befindet sich die Landesstelle der „Brüder vom Stein“. Die „Brüder vom Stein“ haben auch die Telephonnummer der Abwicklungsstelle der Zeitfreiwilligen übernommen. In derselben Geschäftsstelle befindet sich auch ein Schrank des Deutschen nationalen Jugendbundes, mit dem die Geschäftsstelle der „Brüder vom Stein“ angeblich nichts zu tun hat. Dr. Wülfhagen hat ja auch zugleich für den Sportverein „Silberner Schild“ berichtigt. Auch in dem Berichte des Geschäftsführers Schubert der „Brüder vom Stein“ in Pirna wird erwähnt, daß der Geschäftsführer der Deutschen nationalen Volkspartei in Pirna, Major Wagner, sich der Mitgliederversammlung der „Brüder vom Stein“ vorstellte und daß Schubert erklärt habe, daß er mit der Deutschen nationalen Volkspartei zusammenarbeite.

Aus diesen Darlegungen geht das ideale Zusammenarbeiten der verschiedenen Organisationen miteinander hervor. Deshalb war ich durchaus berechtigt, von einem Zusammenarbeiten der Organisationen zu sprechen. Der Einwand, daß presserechtliche Berichtigungen vorgekommen seien, daß durch die Veröffentlichung ein unzulässiger Eingriff in schwebende Verfahren stattgefunden habe, ist hinsichtlich, weil die schwebenden Strafprozesse gar nicht erwähnt sind und das Material nur insoweit veröffentlicht wurde, als es zur Unterlage für ein polizeirechtliches Vorgehen dienete.

Irreführend ist auch die Behauptung Dr. Wülfhagens, daß es sich um einen erlaubten Verein der „Brüder vom Stein“ handle, weil er beim Amtsgericht Leipzig in das Vereinsregister eingetragen worden sei. Durch die Eintragung in das Vereinsregister erwirbt der Verein nur die Rechtsfähigkeit. Wenn das Polizeiamt Leipzig gegen die Eintragung keinen Einwand erhoben hat, so wird ihm nicht bekannt gewesen sein, daß dieser Verein eine Fortsetzung der verbotenen Orgeon ist, sonst hätte es Einspruch erheben müssen. Für den Charakter des Vereins kommt nicht die Eintragung, sondern die Tätigkeit des Vereins in Frage. Das Polizeiamt Leipzig hat auf das ihm vom Ministerium des Innern unterbreitete Material hin ja den Landesverein „Brüder vom Stein“ und den Sportverein „Silberner Schild“ verboten. Auch das Amtsgericht Leipzig hat auf Grund des gleichen Materials die Beschlagnahme des Vermögens der „Brüder vom Stein“ verfügt.

Ein weiterer Einwand, daß durch die Veröffentlichung die Außenpolitik des Reiches gefährdet werde, ist hinsichtlich, weil gerade durch Unterbindung der Selbstschutzorganisationen die Reichspolitik unterstützt und gefördert wird und die getroffenen Maßnahmen die Billigung der entscheidenden Reichsstellen finden.

Je mehr Teile der Bevölkerung Sachsens davon ablassen, Kampforganisationen gegeneinander zu bilden, je eher wird die Ruhe und Ordnung des Landes sichergestellt sein. Ich richte an die sächsische Bevölkerung die Bitte, die Regierung in diesem Streben zu unterstützen und daran mitzuarbeiten, durch freien Meinungsaustrausch die geistige Umstellung zu fördern, damit wir aus dem Chaos herauskommen.

Zum sächsischen Staatshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921.

Von Ministerialdirektor Dr. Hedrich.

IV.

Im Bereiche des Finanzministeriums schließt das Kap. 74 (Verwaltung der Staatsschulden) diesmal ohne Zuschuß ab, weil nach Übernahme der Eisenbahnen auf das Reich, die zugleich die Übernahme der damaligen sächsischen Staatsschulden auf das Reich zur Folge hatte, dieses die Kosten der sächsischen Staatsschuldenverwaltung so lange voll zu erhalten hat, als nicht neue fundierte sächsische Staatsschulden zu verwalten sind. Die Verwaltung des Großen Gartens und der sonstigen staatlichen Gartenanlagen in Dresden beansprucht im neuen Etat nahezu 1 Mill. M. Zuschuß (1/2 Mill. M. mehr als im Voretat, also aber eine Verdoppelung des Zuschusses). Demgegenüber sieht der noch immer nicht erhöhte Beitrag der Stadt Dresden zur Gartenbewässerung und Wegeunterhaltung im Großen Garten in Höhe von 10 000 M. recht bescheiden aus; doch sind Verhandlungen zwischen Staat und Stadt wegen Erhöhung dieses Beitrags auch hier im Gange. Auch die Fortschleifung der Eisenbahnmaterialien im neuen Haushaltsplan wiederholt sich, auch hier hat der Zuschuß nahezu verdoppelt und auf rund 918 000 M. gesteigert werden müssen. 2 Mill. M. werden als zweiter Teilbeitrag für die Errichtung des Braunkohlenforschungsinstituts in Freiberg bei Kap. 77 (Bergakademie Freiberg) angefordert. Bei der Alters- und Landeskulturzentralbank (Kap. 78) sollen zur Verringerung des Zuschusses die Einnahmen künftig dadurch gesteigert werden, daß neben einem Anteile des Staats am Reinvermögen der Landeskulturzentralbank auch von der Alterszentralbank Kostenbeiträge zur Tragung des bei ihr entstehenden Aufwandes aus den Erträgen der Bank an die Staatskasse abgeführt werden, worüber dem Landtage der Entwurf eines abgeänderten Alterszentralbankgesetzes vorgelegt werden wird. In dem der Straßen- und Wasserbauverwaltung gewidmeten Kap. 79 stehen die Ausgaben für planmäßige Fortsetzung der Wasserbauunterhaltungsbauten nicht wieder. Ebenso sind die Ausgaben für sonstige Wasserbauten ganz wesentlich verringert, weil mit dem 1. April 1921 die sächsische Elbstromtrasse auf das Reich übergegangen ist und künftig das Reich für diese Ausgaben aufzukommen hat. Im übrigen findet sich unter den Einnahmen erstmalig ein Betrag von über 1 Mill. M., den das Reich an Sachsen zu erstatten hat, indem bis zur endgültigen Übernahme der sächsischen Beamten auf das Reich aus Anlaß der Bereicherung der Wassertrassen zunächst noch alle persönlichen Ausgaben weiter von Sachsen geleistet und verrechnet werden müssen. Tragen diese beiden Momente ganz wesentlich zur Verringerung dieses Staatsteiles bei, so wird er auf der anderen Seite durch die Steigerung der für die Unterhaltung der Straßen mit 17 Mill. M. (4 1/2 Mill. M. mehr als Voretat) vorgesehenen Mittel fast belastet.

Daß das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts in der Beschaffung der Rekrutenausgaben gegenüber dem Voretat dieses Mal an der Spitze aller Ministerien markiert, ist nicht weiter verwunderlich; denn allein die im September 1921 vom Landtage beschlossene Übernahme der persönlichen Volksschulden auf den Staat erfordert einen Aufwand von 384 Mill. M., zu dem die Gemeinden für das Jahr 1921 ein Drittel beizutragen haben (128 Mill. M.). Im übrigen beweisen die Rekrutenschüsse an die Universität Leipzig in Höhe von 15 1/2 Mill. M., an die Technische Hochschule in Dresden in Höhe von 8 1/2 Mill. M., an die evangelischen Kirchen in Höhe von 6 1/2 Mill. M., an die Seminare in Höhe von 6,2 Mill. M. usw., daß es das Bestreben der Regierung ist, trotz der Schwierigkeit der Finanzlage die Kulturzwecke des Landes keineswegs verkümmern zu lassen, sondern sie nach Möglichkeit der vorhandenen Mittel und Kräfte, soweit es nur irgend verantwortet werden kann, auch in Zukunft zu fördern.

Daß mit dem fortgeschritten Steigen der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter die Mehrbelastung der Staatskasse mit Ruhegehaltens-Pfand in Hand geht, liegt zwangsläufig in der zu-

nehmenden Entwertung des Geldes begründet; es kann deshalb nicht bestanden, daß im neuen Etat hierfür 16,2 Mill. M. mehr (im ganzen 66,4 Mill. M.) als im Budget bereitgestellt werden müssen. Im Haushaltsplan für 1921 die im vorigen Jahr zur Ausgleichung in dem Haushaltsplan im einzelnen nicht veranschlagter Ausg. von 43,5 Mill. M. zur Deckung des Aufwands, den die Rückzahlung der im Frühjahr 1921 beschlossenen Abänderung der Besoldungsgehalte auf den Zeitpunkt des 1. April 1920 für die Bezüge der Beamten usw. sowie Ruhegelder verursacht, 17 Mill. M. zur Deckung der erst vom 1. August 1921 ab eingetretenen Erhöhungen der Ausgleichszuläge für Tarifangestellte und Arbeiter und endlich 16 1/2 Mill. M. als eine Reserve für die während der Ausfaltung des Staatsumwerts weiter eingetretenen Preissteigerungen aller Art. Nicht mehr eingestuft werden konnten in den Haushaltsplan für 1921 die vom Landtage im Sommer 1921 beschlossenen Abänderungen der Besoldungsgehalte, die infolge der Einprüche des Reichsfinanzministers noch unerledigt sind, und weiter, wie bereits oben hervorgehoben worden ist, die Erhöhungen der Ausgleichszuläge für Beamte und Lehrer vom 1. August 1921 bis 30. Sept., was insoweit unbedenklich erscheint, als diesem letzteren Pflichten entsprechende Erstattungen aus der Reichskasse gegenüberstehen.

Im außerordentlichen Staatshaushaltsplan 1921 werden insgesamt 687 Mill. M. angefordert. Davon sind für ein sich als wesentliche Posten 280 Mill. M. zur Förderung des Wohnungsbauwesens, welche Einflüsse sich hauptsächlich auf die Beschäftigung des Landtages Nr. 79 vom 18. März 1921 stützt, wonach in Verfolg des Reichsgesetzes vom 12. Februar 1921 zur Förderung des Wohnungsbauwesens im Reichsgebiet in den Rechnungsjahren 1921/22 ein Betrag von insgesamt 280 Mill. M. aus Staatsmitteln aufgebracht und die sächsischen Gemeinden verpflichtet werden sollen, einen Beitrag von 140 Mill. M. aus Gemeindefonds zur Verfügung zu stellen. Die Verzinsung der von Staat und Gemeinden aufgewendeten Beträge sollte danach dergeßtal erfolgen, daß für die Dauer von etwa 20 Jahren ein allgemeiner Zuschlag zur staatlichen Grundsteuer unter Zugrundelegung der Friedensgrundsteueruntergrenze von denjenigen Gebäuden erhoben wird, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind. Ferner sind wir hier eingestellt 2 Mill. M. zur Gewährung des bereits vom Landtage beschlossenen weiteren Darlehens aus Staatsmitteln an die Gesellschaft „Volkshaus“ in Leipzig nahezu 3 Mill. M. zur weiteren Kapitalbeteiligung des Staates an der Landesbedarfs- gesellschaft „Sächsisches Heim“, einen Beitrag von über 2 Mill. M. zur Erwerbung von Kohlenfeldern, über 9 Mill. M. als Kapitalbeitrag des Staat an der sächsischen Braunkohlenwerke, 11 Mill. M. als Kapitalbeitrag der Sächsischen bei Freiberg, je 4 Mill. M. für das Maschinen- werk Oberkama und für die sächsischen Marmor- und Steinwerke, nahezu 244 Mill. M. zur weiteren Ausgestaltung des sächsischen Elektrizitätsunternehmens und 2 Mill. M. als zweiter Teilbetrag für den Bau einer Tallperre bei Muldenberg.

Um allen sich aus dem Etat ergebenden Ansprüchen gerecht werden zu können, ersucht das Finanzministerium im Entwurf des dem Haushaltsplan beigegebenen Finanzgesetzes um die Ermächtigung, zur vorübergehenden Verfühlung der Betriebsmittel der Landeshauptkasse bis zu 1500 Mill. M. unverzinsliche Schapannehmungen auszu-

geben. Damit wird indes nicht zu dem bisher vom Landtage bereits bewilligten Kredit ein weiterer solcher in Höhe von 15 Mill. M. beantragt, vielmehr befinden sich in dieser Summe drei Kredite von 500, 250 und 500 Mill. M., zusammen 1250 Mill. M., eingeschlossen, die bereits durch frühere Beschlüsse des Landtages bewilligt worden sind, aber mit dem Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes für 1921, also etwa im Frühjahr 1921, ihre Gültigkeit verlieren. Diese Kredite sind heute noch nicht bis zur vollen Höhe von 1250 Mill. M. in Anspruch genommen und müssen deshalb, falls sie zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Haushaltsgesetzes für 1921 zum Teil noch offen sein sollten, erneut bewilligt werden. Paradox ist es infolgedessen also um keinen neuen Kredit, so wird mit dem darüber hinaus erweiterten Betrage von 250 Mill. M. (1500 — 1250) allerdings die Ermächtigung zur Aufnahme weiterer schwebender Schulden erbeten. Ob mit diesem Betrage auszukommen sein wird, dürfte wesentlich davon abhängen, welchen Anteil das Land von der Reichseinkommensteuer und der Reichssteuerpflichtigen im Laufe des Jahres zugewiesen erhalten wird. Die Summe, die nach diesem Anteil dem Lande entgültig zufließen wird, wird — dies ist schon oben hervorgehoben worden — die Höhe des im Haushaltsplan 1921 bei Kap. 21 veranschlagten Defizits wesentlich bedingen. Das Defizit in Sachsen verhältnismäßig größer ist als in den anderen Ländern des Deutschen Reiches — die Etats der sächsischen Staaten weisen, insbesondere dann der außerordentlichen Einnahmen aus der Wirtschaft, wesentliche geringere Posten auf, auch der neue preussische Etat hat einen verhältnismäßig günstigeren Abschluß als der sächsische, dessen sächsischer letzte Rechnung sogar ohne jeden Zuschuß ab — liegt in der eigenartigen wirtschaftlichen Struktur unseres Landes begründet. Indes wird, selbst wenn das bormalenmäßige Rechnungsergebnis des Rechnungsjahres 1921 wirklich mit einem Defizit in der jetzt im Entwurf des Haushaltsplans bezifferten Höhe abschließen sollte und zu diesem Zwecke die Betriebsmittel der Landeshauptkasse durch Aufnahme weiterer schwebender Schulden vergrößert werden müßten, nicht außer acht gelassen werden dürfen, daß entsprechend der Selbstentwertung, welche die letzte Ursache der Defizitursachen ist, auch der Wert des Staatsvermögens in heutigem Gelde ganz anders veranschlagt werden müßte, als nach dem Goldwertverhältnis des Reichsfinanzministeriums. Welche enormen Summen würden die Aktiven des Staatsvermögens — sein ausgedehnter Grundbesitz an Forsten, Domänen, Wirtschaftsgütern, Bergwerken, seine riesenhaften elektrischen Anlagen, die Staatsanstalten und die staatlichen Verwaltungsgebäude mit allen ihren Einrichtungen usw. — darstellen, wenn man ihren Wert in Papiermarken beziffern wollte. Steht es deshalb außer allem Zweifel, daß die Aktiven des preussischen Sachsens die Passiven auch heute noch ganz erheblich übersteigen und sowohl die realen Unterlagen seines Kreditverhältnisses sind, so muß auf der anderen Seite jedem einsichtigen und vorausschauenden Finanzpolitiker sich die Erkenntnis aufdrängen, daß die Borgwirtschaft auch des Staates mit den Defizit-erträgen und allen ihren sonstigen unrentablen Folgen so, wie bisher in der Kriegszeit und Nachkriegszeit, nicht bis ins Unendliche fortgesetzt werden kann. Wenn in früheren Zeiten — vor dem Kriege — zuerst sämtliche Staatsausgaben festgesetzt und danach die Staatseinnahmen, ins-

besondere die Beiträge der aufzubringenden Steuern, bemessen wurden, so war dieses Verfahren ausnahmslos, weil die Steuerbarkeit noch in der Hand der Länder lag und diese in den Steuern eine bewegliche Handhabe besaßen, ihre Einnahmen durch das beliebige Anziehen der Steuerfäden den Ausgaben anzupassen. Da ihnen dieses Mittel reichhaltig heute genommen ist und die meisten den Ländern aus eigenen Ausschöpfung verbliebenen Steuern ebenso wie die Erhöhung der Gehältern die Einnahmen des Staates nicht in nennenswertem, jedenfalls nicht in beliebiger Weise zu freigen vermögen, bleibt demnach die Höhe der Staatseinnahmen zu bestimmen. Die jeder Familienmater, so muß sich eben auch der Vater Staat, nach der Rede strecken. Würde dieser Grundgedanke noch streng durchzuführen werden und würden an jeder Eingangsseite des Parlamentes mit weit sichtbaren Letztern die Worte stehen: „Keine Ausgabe ohne Deckung“, so wäre dessen Bewilligungsfähigkeit von selbst der Boden entzogen. Das gilt für das Reich in gleichem Maße, wie für die Länder und Gemeinden. Nur auf diesem Wege lassen sich eine Wiederherstellung unserer Finanzwirtschaft und eine Wiederherstellung des Staats, die unter allen Umständen angestrebt werden muß, erreichen. Von dieser Verbindung hängen aber zu einem guten Teile das Vertrauen in die Staatswirtschaft überhaupt und — gewöhnlich ausgedrückt — der Kredit des Staates ab, ohne die weder Inflation noch Inflation, die so verheerend an dem Lebensmark unserer Völker zehrenden Finanzwesen, sich wirksam bekämpfen lassen. Die jüngsten Maßnahmen des Reichsfinanzministeriums von Berlin zur Abkehr von der bisherigen Finanzwirtschaft, weil der Kredit der Hauptstadt des Reichs nicht mehr auf festen Füßen stehe, geben jedenfalls in dieser Richtung nicht weniger zu denken, als die anfängliche von niemandem ernst genommenen, aber leider nur als so wahr erweisen Gerüchte, daß sich das Reichsfinanzministerium mit Erwägungen über die Überführung unserer Reichsbahnlinien, dieses Rückzuges unseres ganzen Wirtschaftslbens, in eine private Verwaltung trage, Erwägungen, denen das ganze deutsche Volk hoffentlich für jetzt wie für immer ein unerträgliches „Niemaß“ entgegensetzt wird.

Das Wiesbadener Abkommen.

Der Reparationsauschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich gestern in gemeinsamer Sitzung mit dem Kohlenauschuss mit dem Abkommen zwischen Rathenau und Loucheur. Reichsminister a. D. Dr. Rathenau erläuterte und verteidigte das Abkommen in seiner Eigenschaft als Mitglied des Reichswirtschaftsrates. In der Erwiderung kam zum Ausdruck, daß es sich in erster Linie darum handle, ob es möglich sei, ein Produktionsprogramm aufzustellen, durch das die deutsche Wirtschaft sich aus einer konsumierenden in eine produktive verwandeln oder wenigstens eine Bilanzierung der Handelsbilanz einleiten könne. Ohne Einschränkung des Luxusgüterverbrauchs in Deutschland sei das Ziel nicht zu erreichen. Besonders günstig sei, daß das Wiesbadener Abkommen der Industrie für lange Zeit Beschäftigung gewähre.

Oberschlesien.

Zur Vorbereitung der deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien sind gestern im sächsischen Antheil unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers v. Stodhommern eine Sitzung des Unterausschusses für das Zollwesen statt. Der Sitzung wohnten auch der deutsche Bevollmächtigte Reichsminister a. D. Schiffer und sein Stellvertreter Staatssekretär Lewald bei. Es wurden sowohl die Zollfrage wie auch die Frage der Ein- und Ausfuhr im Zusammenhang mit den Bestimmungen des Verser Vertrags einer genaueren sachlichen Prüfung unterzogen. Der stellvertretende deutsche Bevollmächtigte für die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien Staatssekretär Dr. Demald und der preussische Generalvertreter beim deutschen Bevollmächtigten Unterstaatssekretär z. D. Dr. Goepfert werden in den nächsten Tagen in Breslau und Oberschlesien mit Vertretern der Unternehmer, Beamten, Angestellten und Arbeiter sowie mit den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden die aus der Entscheidung der Vorkonferenz sich ergebenden wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Fragen erörtern und dadurch in die Lage kommen, die Wünsche des Abstimmungsgebietes wie der Provinz Schlesien noch einmal mit besonderen Vertretern dieser Gebiete eingehend zu beraten.

Die Notlage der deutschen Städte.

Noch ehe der deutsche Städtebund zu seiner nach Berlin einberufenen außerordentlichen Tagung zusammengetreten ist, haben sich die beiden großen Städteorganisationen an das Reich gewendet und Hilfe erbitten zu den neuen Lasten, die ihnen durch die neue Besoldungsreform erwachsen. Gegenüber einer Resolution erklärte der Berliner Oberbürgermeister Borch, daß die Belastung der Bürger, besonders der breiten Massen, in den großen Städten so schwer geworden ist, daß die Städte sie ohne Unterstützung des Reichs nicht mehr länger tragen könnten. Allein in Groß-Berlin z. B. würden die neuen Löhne für die sächsischen Arbeiter und Angestellten einen Mehraufwand von 560 Mill. M. im Jahre erfordern. Oberbürgermeister Borch stellt fest, daß die Reichsbehörden schon ungenügend oft auf die schweren Schäden aufmerksam gemacht worden seien, ohne daß diesen hinreichende Beachtung geschenkt worden sei. Dessen Unabwendigkeit und die Verlegenheit der Reichsbehörden an dem furchtbaren Druck der Beschäftigungslosigkeit. Jetzt müßten die Städte in ihrer Not eine große Vorkantion vom Reich verlangen. Die Städte, deren häufige Geldmittel völlig erschöpft seien, müßten wieder an der Reichseinkommensteuer und außerdem an der Reichsamtshaussteuer und Reichssteuerpächtereier befreit werden, sonst seien sie wirtschaftlich ruiniert.

Zu ähnlicher Form äußerte sich der Kammerer der Berliner Einheitsgemeinde Dr. Kurbing. Aus seinen Darlegungen geht hervor, daß der Geldbedarf Berlins, der 1914 nur rund 670 Mill. M. betrug, 1921 auf 6 Milliarden M. gestiegen ist. Im vorjährigen Stadthaushalt blieben 400 Mill. M. ungedeckt.

Auch der Bayerische Städtebund hat zur Frage von Reichsbeiträgen an die Städte aus Anlaß der Besoldungsreform schon vor dem Zusammentritt des Deutschen Städtebundes Stellung genommen. Er hat an den Reichsfinanzminister Dr. Borch folgendes Telegramm gerichtet:

„Der Bayerische Städtebund beantragt dringende Bedingung für alle seit 1. August entfallenden und

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 10. November.

Neue Briefe von Hugo Wolf.

Hugo Wolf, der große Komponist, ist eine der faszinierendsten Persönlichkeiten der modernen Musikgeschichte gewesen, und in seinen Briefen lebt der ganze Lebensstrom seines bänonischen Wesens. Tief hinein in das Ringen dieser echten Künstlernatur führen die neuen Briefe des Reichers an Gertrude Böng, die im neuesten Heft der „Deutschen Rundschau“ veröffentlicht werden. Wolf hat das hochbegabte junge Mädchen geliebt und ihr auch dann noch treue Freundschaft gehalten, als sie sich mit dem Wiener Rechtsgelehrten Joseph v. Eshay vermählte. Er magt sie zur Mitwilerin der melancholischen und tragischen Stimmungen, die ihn durchwühlten. „Ich bin heute entsetzlich faul, tue rein gar nichts“, klagt er schon in dem ersten Schreiben vom 26. Januar 1881, „ich möchte sagen, meine Tätigkeit beschränkt sich nur darauf, viele Einbrüche aufzunehmen und aufzuzeichnen, die aber einst eine bestimmte Form und Gestalt annehmen sollen, meine Tätigkeit ist ganz leidender Natur — ich komme mir wie ein Weib vor.“ In dem nächsten Briefe vom 26. April schildert er ihr seine ganze Zerrissenheit: „Der häßliche Brief trifft mich in der lustigsten Stimmung der Welt, dieses großen Lusthauses, und ich mache so artige Sprünge und so pflüßig glaube ich auszuweichen, daß ich tatsächlich nach meiner Pfeife zu tanzen mit einbilde — derweil ein recht hübscher, ruhiger Schlingel, der mich recht hübsch anblinzelt und ganz leutsich dazu wipert und auf dem Tangboden meines gerissenen Wundens — todeswunden Herzens einen Gierklang aufblüht, als wolle er durch sein töpliches Herumhampfen, wobei er seine hübsigen Abzüge tief ins Herz bohrt, mit Gewalt die Jungen ausbrüten, die Jungen, die mich dann zerstreuen sollen — die Pfeife mit

erschütterlicher Virtuosität handhabt und mich Todesmüden ins Leben zurückweht — und immer, immer löst der schnelle Pfeifton fort — im Traum, im Wachen, zu Hause, in Gesellschaft — ach, ich werd' ihn nie, nie los. Oh, mein gütiges Fräulein, wenn Sie sich je über die Trostlosigkeit unseres Daseins beschweren wollten, denken Sie an die Pfeife, denken Sie nur, wie hübsch es ist, wenn man nicht nach der Pfeife tanzen muß. Was anders ist's nach dem Ton einer sanften, frommen, traurigen Flöte, was anders, nach dem Ton der händlich-treuerhigen, klonden, klamäugigen, leuchtigen Oboe, was anders, nach dem weichen, weichen Klang der äppigen, hübschen, stolzen und dabei so milden, so viel verheißenden, soviel gewöhnlichen, so liebegläubigen, hinherhenden Klarinette — diesen drei Frauen gestalten im Orchester — was anders ist's, nach so hohen Stimmen hinzuhören — sie verwunden freilich das Herz, sie bedrängen es, aber wie süß, wie beruhigend! Und mit welcher süßlichen Balsam heilen sie nicht die Wunden, ja! Und wie entzückend selbst sind diese Wunden. Wenn aber diese Stimmen treulos, tödlich ihre Natur verleugnen, wenn an Stelle der natürlichen, liebenden Sprache die erkünstelte, berechnende, aufgeschuppte, gemeine, betrügerische tritt, sich selbst und allen anderen verächtlich, dann möchte das Herz vor Weh und Leid brechen, dann möchte das Herz so ausharren, daß das Vertrauen so schmachlich hintergangen werden konnte. Wer so grauam getäuscht worden, dem wird der schneidende Pfeifton der Pfeife wie mit glühenden Keulen ins Herz greifen.“

Derartige Verzweiflungsschreie treffen wir noch öfters in den Briefen an. So schreibt er am 23. Juni 1881: „Wie beneide ich Sie um Ihren Übermut, Ihres schnatige Stimmung, indes ich — eine Herberge für alles Unglück, das mir die Weltkugel des Lebens auf das grausamste verfallen — nächstens die traurigen Gäste, die sich tagsüber schon ungestüm bei mir anmelden, mit Tränen und meinem Herzblute bewirten muß.

„Ach, Fräulein! Das Los des Adversus ist wohl schrecklich — ewig zu leben! Ich nicht der Tod, mich der Schlaf. Er lücht den Tod, ich, wenn mich endlich der Schlaf übermannt, werde fürchterlich schrecklich aus den erschütternden Träumen aufgerüttelt. Seit einigen Tagen gehe ich nicht mehr zu Bett, aus Furcht vor den entsetzlichen Träumen. . . Um jetzt noch bleiben zu können, ist mir das Phantasieren am Klavier das heilsamste Arzneimittel. Ich bewohne zwei Zimmer in einem entlegenen Trakt unseres Hauses, jedoch durch meine wilden Phantasien niemand gestört wird. Oh, das ist Balsam auf meine Wunden! Das Instrument versteht mich, das tröstet mich aber reizt mich auf — je nachdem ich beruhigter oder aufgeregter mit ihm spreche.“ Ähnlich aber tritt dann doch eine hellere, talentreichere Stimmung bei ihm hervor. Drei Jahre gesunken ist zwar ein teures Lehrgeld, um einen jungen Menschen zur Erkenntnis zu bringen, wie schlecht er das kostbarste Kapital „Zeit“ anlegt“, schreibt er am 8. Juli 1882. „Aber nicht aber mich soll das Rad der Zeit gehen, sondern mit ihm will ich fliegen. Eine traurige Vergangenheit habe ich hinter mir, aber sie diene mir, um die Gegenwart mir erträglich zu gestalten, indem sie mir Ruhe schafft und mich dadurch tauglich macht, endlich einmal die Bemunft in ihrem angekommenen Rechte walten zu lassen. Gottlob! Ich bin endlich zur Bemunft gekommen und bin ein Mensch und nicht mehr, wie ehemals, ein Esel. Jetzt darf ich auch ungestört Vegetarier sein und hätte ich selbst ein Geißel nach Döbeln. Ich weiß, was ich will, und was ich will, das kann ich.“

Wiederabend. (Hedwig Meyer.) Die Köhler Pianistin, die gestern im Palmengarten- saal einen Beethoven-Abend gab, ist ihrer musikalischen Fertigkeit weit bekanntlich eine Dresdenerin. Zur Glanzzeit unseres Konservatoriums, d. h. als Wälder sein künstlerischer Leiter war, erhielt sie hier ihre grundlegende musikalische und pianistische Ausbildung. Seitdem ist sie aber

auch immer wieder im hiesigen Konzertleben erschienen und hat sich, wie man gesehen hat, eine treue Gemeinde zu erhalten gewußt. Die Kritik aber kann dazu nur ihre Zustimmung geben; denn Hedwig Meyer ist eine erstre Künstlerin und man kann wohl sagen, in ihrer Art eine vorbildliche, vor allem in ihrem Beethovenpiel, das sie als künstlerische Befriedigung flegt. Auch der gefrige Abend war also ein Beethoven-Abend. Als Hauptwerke standen die Sonaten op. 90 und 110 und die Große-Variationen auf der Vortragordnung, und man durfte seine ethische Freude haben an der reifen abgerundeten Kunst, welche die Künstlerin in der Widrigkeit dieser Werke bot. Mit den Große-Variationen stellte sie sich für ihre Leistungen gleich selbst einem Gradmesser hin, und da zeigte sich denn von neuem wieder, daß ihr Spiel auf einem im Musikalischen wie Gefühlsmäßigen gleich eindringenden Verständnis beruht. Mit anderen Worten, zu dem plastisch geformten musikalischen Vortrag gefügt sich das Gefühlsmoment in überzeugender Weise dergeßtal, daß bei aller Bewertung, die man ihren Vorträgen in instruktiver Hinsicht stellen darf, ihnen doch nichts Behauptetes im engeren Sinne anhaftet. Also daß auch der berufsmäßige Hörer den Abend zu den für ihn antegenden und genußreichen zählen darf.

Rechnungsbericht des Sächsischen Kunstvereins. Dem Rechnungsbericht auf das Jahr 1920 des Sächsischen Kunstvereins zu Dresden entnehmen wir folgendes: An Stelle des Ende 1920 von seinem Amt als Vorsitzender zurückgetretenen Wirtl. Geh. Rat Dr. Scheider wurde Wirtl. Geh. Rat Dr. Graf Nicolaus v. Seebach zum Vorsitzenden gewählt. Ende 1920 waren 2456 Mitgliedsbeiträge bezahlt, gegen 2461 Ende 1919. 48 Mitglieder waren gestorben, 175 ausgetreten und 193 neu eingetretten. Am 30. November erfolgte die Verlosung von 240 Gewinnen an die Vereinsmitglieder. Ausgestellt waren im Jahre 1920 im ganzen 2024 Kunstgegenstände, nämlich 810 Gemälde, 296 Aquatelle, 12 Tem-

durch die neue Besoldungsreform drohenden Mehr-

Die Kostlage der Städte und Gemeinden ist

Zur Bekämpfung des deutschen Aus-

In der Dienstagssitzung des Außenhandels-

einen Teil der notwendigen Aktion bedeuten.

Die Beamtenbesoldungsfrage.

Wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt

Wie unser Berliner Vertreter erklärt, werden

Verabschiedung Stegerwalds von seinen

Der frühere preussische Staatsminister Steger-

Das Programm der preussischen

Die Richtlinien, nach denen das neue preussische

Ein neuer Versuch Korfanths.

Teil Ober-Schlesien den Polen zugesprochen hat,

Der 9. November in Berlin

Die Beratungen der Deutschen

Heute fanden im Preussischen Abgeordnetenhaus

Belagerungszustand im Saargebiet.

Die Lage im Saargebiet hat sich in den

abhängiges Ultimatum gestellt hat, das bis zur

Bayerische Maßnahmen

Das bayerische Gesamtministerium hat zum

Kleine Nachrichten.

Berlin, 10. November. Die Mitglieder

Berlin, 10. November. Essen und andere

Hannover, 10. November. Die Zentral-

Ewinemünde, 10. November. Hier ist

Wannheim, 10. November. In einer vom

Die Lage im Saargebiet hat sich in den

Die Lage im Saargebiet hat sich in den

Die Lage im Saargebiet hat sich in den

Die Lage im Saargebiet hat sich in den

Die Lage im Saargebiet hat sich in den

Die Lage im Saargebiet hat sich in den

Die Lage im Saargebiet hat sich in den

Die Lage im Saargebiet hat sich in den

perabilder, 46 Posterte, 2 Gouachebilder, 373

Jahre 1922 ab müssen auch im Handel und Ver-

Museum zu Frankfurt a. M. mit ihren wertvollen,

eine rein englische Bekanntheit, dürfte durch den

Wissenschaft und Technik. Auf Beschluß des

— Mitglieder der Deutschen Volkspartei haben

— Die schwedischen Wähler beschäftigen sich

Bei Bauarbeiten am Abgang des Central-

Dillingen, 10. November. Dem „Dillinger Anzeiger“ zufolge hat der Gemeinderat der Einführung der Frankenteilnahme zugestimmt.

Freiburg, 10. November. Der geistliche Rat Wacker ist gestern mittag gestorben. Mit dem geistlichen Rat Theodor Wacker ist die führende Persönlichkeit des badischen Zentrums dahingegangen. Am 5. November 1845 geboren, trat er anfangs der hiesigen Jahre in das politische Leben ein. Längere Zeit leitete er den „Freiburger Boten“. Seit 1888 stand er an der Spitze der Landespartei. Bekannt ist sein Konflikt mit der römischen Kurie, die seine Schrift „Zentrum und kirchliche Autorität“ gegen die Quertreiber am 1. Juni 1914 auf den Index setzte. Eine schärfere Zuspitzung des Konfliktes verhinderte der einige Zeit später eintretende Wechsel im Pontifikat. Formell war allerdings Wacker der Nachgebende; im April 1915 erklärte er seine löbliche Unterwerfung.

Die angeblichen Forderungen der Entschädigungskommission.

Die durch den „New York Herald“ verbreitete Meldung, daß die Entschädigungskommission von der deutschen Regierung auf die am 15. Januar fälligen Zahlungen einen sofortigen Vorschub von 100 bis 200 Mill. Goldmark fordert, findet, wie unser Berliner Vertreter erfährt, keine Bestätigung. An amtlicher Stelle wurde unserem Berliner Vertreter mitgeteilt, daß der Regierung Nachrichten hierüber von irgend einer Entente-Seite nicht zugegangen seien, und daß man die Meldung des „New York Herald“ als nicht richtig zu betrachten geneigt sei.

Die französische Regierung und die Reparationen.

Paris, 10. November. Nach dem Echo de Paris soll Mitterand gestern mit mehreren Mitgliedern der Regierung eine sehr bedeutsame Aussprache gehabt haben, die ausschließlich der Frage der Reparationen gegolten habe. In ihrem Verlaufe seien außerordentlich ernste Maßnahmen ins Auge gefaßt worden, um allen Möglichkeiten, mit denen man bei der augenblicklichen Lage Deutschlands rechnen müsse, begegnen zu können. Das Blatt gibt anschließend daran eine Unterredung mit einem Mitgliede der Reparationskommission wieder, das sich vor seiner Abreise nach Berlin dahin ausgesprochen haben soll, man wolle im Echo der Kommission sehr genau, daß die deutsche Regierung nichts getan habe, um die Flucht eines großen Teiles des deutschen Kapitalbesitzes, insbesondere industriellen Kapitals, ins Ausland zu verhindern.

Frankreich und der Sturz der Mark.

Paris, 10. November. In der gestrigen Sitzung der Kammer ergriß bei der Beratung der Finanzvorlage der Berichterstatter des Finanzanschlusses die Laikerie das Wort. Er erklärte, er spreche mehr, um die Regierung zu fragen, welche Maßnahmen sie ins Auge fasse hinsichtlich der Lage, wie sie in Deutschland durch den mehr oder weniger gewollten Marksturz herbeigeführt wurde. Frankreich habe große Opfer gebracht. Es habe auch auf ein Viertel seiner Forderung gegen Deutschland verzichtet. Die Reparationskommission sei aus ihrer lethargie erwacht und nach Berlin gereist. Der Sturz der deutschen Mark und der österreichischen Krone würde nur den gebliebenen Bankrott Deutschlands, nicht aber den wirtschaftlichen herbeiführen, weil Deutschland seine ganze Wirtschaftsausrichtung bewahre. Durch den Sturz der Mark würde der Mittelstand in Deutschland grauam in Mitleidenschaft gezogen und dieser zeige die Tendenz, sich aus Verzweiflung der extremen Linken oder Rechten anzuschließen. In Deutschland gebe es nur einen Teil der Bevölkerung, der die Schuld Deutschlands begleichen könne. Aber die Alldeutschen unternahmen alles, was sie könnten, um die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands unmöglich zu machen. Was wolle die Regierung unternehmen, wenn Deutschland baldigh die Anwendung des Artikels 234 des Friedensvertrages verlange? Der Sturz der Mark sei nicht auf die Reparationen zurückzuführen. Frankreich habe damit nichts zu tun. Im Gegenteil, es habe vorgeschlagen, Deutschland entgegenzukommen. Aber andere Verbündete hätten verlangt, daß dieses Entgegenkommen dazu diene, daß die Summe bezahlt würde, die man ihnen schulde. Von diesem Tage an sei die Mark gefallen. Frankreich habe nicht nur nichts getan, um den Sturz der Mark herbeizuführen, sondern im Gegenteil durch das Abkommen in Wiesbaden viel zur Erleichterung der gelähmten Lage Deutschlands beigetragen. Die heutige Ursache des Marksturzes sei die Unordnung der deutschen Finanzen. Die Zahl der Beamten sei beträchtlich erhöht, namentlich um ehemalige Offiziere unterzubringen. Wenn das deutsche Budget ein Defizit aufweise, so sei es nicht deshalb, weil man keine Politik des wirtschaftlichen Wiederaufbaus im großen Stile betrieben habe. Die deutschen Steuern beruhten noch auf dem Einkommen von 1918. Man dürfe sich also nicht wundern, daß sie nichts einbrächten. Die indirekten Steuern seien zu gering im Vergleich zu Frankreich, namentlich was Getränke, Zucker und Kaffee anbelangte. Die Laikerie sprach auch von der Inflation und erklärte, der Franzose zahle drei- oder viermal mehr Steuern als der Deutsche. Wenn der Deutsche 1000 M. zahle, zahle der Franzose 520 Franken. Das sei zehnmal mehr. Angesichts dieser Lage müsse die Garantiekommision funktionieren, um die Kontrolle der Steuererlagen und des ge-

samten Devisenhandels in Deutschland sicherzustellen. Für den nächsten Besessung müsse Deutschland im Auslande die Kredite erlangen, die es nötig habe. England und Amerika schwämmen im Golde, litten aber unter Arbeitslosigkeit. Die Verbündeten hätten unmittelbar nach dem Kriege eine Politik der Finanzsolidarität betreiben müssen. Entweder Deutschland oder Frankreich zahle, einen Mittelweg gebe es nicht. Wir verlangen von der Regierung zu wissen, schloß die Laikerie, wie sie die Zahlungen sicherzustellen gedenkt.

England und der Sturz der Mark.

London, 10. November. „Evening News“ schreibt: Der vorliegende Sturz der Mark und die erste Auswirkung auf die englischen Auslandsmärkte verursachen der Regierung erste Sorgen. In einem Aufsatz im „Manchester Guardian“ führt Prof. Keynes aus, der Marksturz sei wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß die Spekulation in der gesamten Welt vollständig den Kopf verloren habe und ihre Marktvorräte auf den Markt werfe. Der zukünftige Wert der Mark hänge jetzt von der Politik der Alliierten ab. Wenn der Kurs auf dem gegenwärtigen Stand verharre und die deutschen Inlandspreise darauf eingestellt würden, so sei eine größere Menge von Noten erforderlich, um die Geschäfte Deutschlands weiterzuführen. Die vermehrte Notenausgabe sei das Ergebnis des Zusammenbruchs der deutschen Währung und nicht umgekehrt und werde dann außerhalb der Kontrolle der deutschen Regierung stehen.

Keine Auswechslung oder Verstärkung der Besatzungstruppen in Memel.

Memel, 10. November. Entgegen anderslautenden Pressemeldungen erfährt das Memelener Dampfboot von der hiesigen Besatzungsbehörde, daß dieser weder von einer Auswechslung noch einer Verstärkung der Besatzungstruppen etwas bekannt ist.

Die Demobilisierung der tschechoslowakischen Armee.

Prag, 10. November. Die Demobilisierung der Armee beginnt heute und soll vor Ende November vollkommen durchgeführt sein. Der Präsident der Republik gibt in einem Armeebefehl seiner Genugtuung darüber Ausdruck, in wie kurzer Zeit die Armee kampfbereit gemacht worden sei. Die rasche Konzentration der bewaffneten Kräfte habe einen entscheidenden Einfluß auf die günstige Entwicklung der Ereignisse gehabt.

Teilweise Abrüstung der jugoslawischen Reservisten.

Wrag, 10. November. Die „Tagesspost“ meldet aus Belgrad: Mit Rücksicht auf die Entwertung in Ungarn hat der Minister eine teilweise Abrüstung der einberufenen Reservisten beschlossen. Die aktive Armee soll solange an der Grenze bleiben, bis ein normales Verhältnis zu Ungarn eingetreten ist. Der Eisenbahnverkehr mit Ungarn ist wieder aufgenommen worden.

Die ungarische Regierung und die Habsburger Frage.

Budapest, 10. November. (Ungar. Korrespondenz.) Wie in politischen Kreisen verlautet, wird der Rücktritt der Regierung, der nach Erledigung der Entlohnungsfrage geplant war, aus verschiedenen außenpolitischen Gründen einen Aufschub erfahren. Am Sonnabend abend erschien im Auftrag des Pariser Vorkonferenzrates der hiesige Vertreter der Großmächte beim Minister des Auswärtigen Grafen Banffy und gab namens seiner Regierung dem Wunsch Ausdruck, die ungarische Regierung möge verfügen, daß in Zukunft kein Habsburger, auch nicht durch eine Königsmahl, auf den ungarischen Thron gelangen könne. Graf Banffy erwiderte, daß es im gegenwärtigen Augenblicke unmöglich sei, diese Forderung in das Gesetz aufzunehmen, da die Nationalversammlung es bereits in zweiter Lesung genehmigt habe. Die Regierung sei jedoch befreit, diese Frage in anderer Form zu lösen. Mit Rücksicht auf diesen Umstand, sowie auf die Tatsache, daß aber die tschechoslowakische und süd-slawische Demobilisierung noch keinerlei amtliche Meldungen vorliegen, wurde der Rücktritt des Ministeriums auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Amtliche Erhebungen in der Angelegenheit des ungarischen Königsputches.

Budapest, 10. November. Die Staatsanwaltschaft hat über den früheren Minister des Äußeren Grafen, der in den letzten Tagen wiederholt Verhören unterzogen wurde, die Untersuchungsphase verhängt. Auch in der Provinz sind amtliche Erhebungen in der Angelegenheit des Königsputches im Gange. So wurde der Leiter der Polizei in Steinamanger, der aus Anlaß der Anwesenheit des Königs der Polizei den Eid für den König abnahm, seiner Stelle entzogen und eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet.

Der tschechoslowakisch-polnische Vertrag.

Warschau, 10. November. Der tschechoslowakisch-polnische Vertrag enthält u. a. folgende Punkte: Beide Staaten verpflichten sich gegenseitig ihre Integrität auf Grund der Verträge, denen sie ihre Unabhängigkeit und ihren Bestand verdanken. Falls einer der Staaten von einem seiner Nachbarn angegriffen wird, verpflichten sich beide gegenseitig zu wohlwollender Neutralität.

und zum Zugeständnis freier Durchfuhr von Kriegsgüter. Der Vertrag gilt für fünf Jahre.

Die Vorkonferenz.

Paris, 10. November. Die Vorkonferenz hat gestern vormittag den Beschluß über die Festlegung der albanischen Grenzen unterzeichnet. Außerdem ist beschlossen worden, Österreich zur Ratifizierung des Protokolls von Venedig aufzufordern. Die Vorkonferenz hat von dem Schreiben der ungarischen Regierung Kenntnis genommen, das ihr durch den verbündeten Vertreter in Budapest zugegangen ist und in dem die ungarische Regierung sich verpflichtet, den Beschluß der Vorkonferenz vom Februar und April 1920 Folge zu leisten. Durch diese Beschlässe wird die Wiedereröffnung der Habsburger unterlag.

Die serbisch-albanische Frage.

Genf, 10. November. Der Völkerbundrat wird am 18. d. M. zur Behandlung der serbisch-albanischen Frage zu einer außerordentlichen Session in Paris zusammentreten.

Die Elektrifizierung Rußlands.

Während Rußland von suchtbarester Hungersnot heimgejudt wird und Millionen von Bauern nicht Pferde haben, um ihr Land zu bestellen, arbeitet Lenin nach Berichten aus Moskau an der Durchführung eines gewaltigen Projektes, nämlich an der Elektrifizierung des russischen Reiches. Nach einem Bericht, den der Allrussische Elektrische Kongress der Sowjetregierung erhaltete, hat die Elektrifizierung des Landes bereits große Fortschritte gemacht. In wenigen Monaten soll die Kachitsky-Station fertig sein, die 12000 Kilowatt liefert. Diese Station befindet sich in dem Moslauer Gebiet und man erwartet, daß sie für die Industrie der Stadt von großer Bedeutung sein wird. Es soll dann den Moslauer Fabriken mehr Elektrizität zur Verfügung stehen als vor dem Kriege. In Petersburg soll eine große elektrische Station an der Newa errichtet werden, deren Fertigstellung im Frühjahr 1922 erwartet wird. Im Don-Bezirk sollen alle örtlichen elektrischen Anlagen zu einer großen neuen Station im Mittelpunkt des Antrozitreviers vereinigt werden. Im Ural wird eine elektrische Station bei den Kizilowöl-Kohlenbergwerken gebaut und Dampfe von kleinen Kraftstationen werden über ganz Rußland zum Gebrauch für den Ackerbau errichtet.

Lloyd Georges Hoffnungen.

London, 10. November. In einer Rede beim Guildhallbankett aus Anlaß der Einführung des neuen Lordmayors führte Lloyd George u. a. aus: Obwohl der Himmel noch trübe ist, glaube ich, daß das Schlimmste der wirtschaftlichen Krise vorüber ist und eine Besserung kommt. Die Geschäftswelt, die plötzlich nach dem Kriege alle Länder ergriff, ist im Schwinden begriffen. Wir haben und niemals in eine törichte Inflationspolitik gestürzt. Aber selbst diejenigen, welche dies taten, werden darüber hinwegkommen, weil der Wohlstand eines arbeitenden Volkes immer am Leben bleiben wird. Die britische Ausfuhr im Oktober war die beste seit März. Am trüben Himmel erscheint die Washingtoner Konferenz wie ein Regenbogen. Sie kann nicht zu früh. Denn kaum waren wir aus den europäischen Wirren und Streitigkeiten heraus, als die Länder neue Kriegsmaschinen anzuhäufen begannen, die hundertmal zahlreicher sein werden. Die Abrüstung ist der einzige Weg zu Sicherheit. Auf der Washingtoner Konferenz handelt es sich um die Zukunft der Zivilisation. Deshalb bete ich für ihren Erfolg.

Kein englisch-türkischer Geheimvertrag.

Paris, 10. November. Die englische Botschaft in Paris erklärt durch die Agentur Havas das vom „Matin“ veröffentlichte englisch-türkische Abkommen vom 2. September 1919 als in allen Teilen erfunden. Derselbe Text sei übrigens am 11. Februar 1920 in einer anderen Pariser Zeitung erschienen und schon bei dieser Gelegenheit bemerkt worden.

Das Kabinett von Ulster.

London, 10. November. Das in London eingetroffene Kabinett von Ulster hielt unter dem Vorsitz Craig eine Sitzung ab und stimmte, nachdem Craig über die Lage berichtet hatte, der von ihm im Interesse Ulsters bewiesenen festen Haltung zu.

Die Lage der russischen Flüchtlinge in Konstantinopel.

Genf, 10. November. Der Völkerbund veröffentlicht zwei Schriftsätze über die Lage der russischen Flüchtlinge in Konstantinopel. Ihre Zahl wird auf 300 000 Militärs geschätzt. Außerdem befinden sich in Konstantinopel 40 000 russische Flüchtlinge, die bisher größtenteils von der öffentlichen Wohltätigkeit sowie von Unterstufungen einiger Regierungen und größerer Wohltätigkeitsorganisationen lebten. In letzter Zeit haben sich einige Regierungen sowie das amerikanische Rote Kreuz genötigt, ihr Hilfswort einzusetzen. Es würden 30 000 Pfd. Sterl. genügen, um die Leiden der russischen Flüchtlinge in Konstantinopel zu lindern. Aber weder der Völkerbund, noch der von ihm ernannte Oberkommissar hat die Verantwortung abgenommen, für die Flüchtlinge zu sorgen.

Schießereien zwischen Faschisten und Bahnarbeitern in Rom.

Rom, 10. November. Bei der Ankunft einer Gruppe Faschisten aus der Provinz ist es auf dem Bahnhofsplatz zu Schießereien zwischen Faschisten und Bahnarbeitern gekommen, wobei ein Arbeiter verletzt wurde. Die Abfahrt derzüge wurde eingestellt. Infolge dieses Zwischenfalles hat die Arbeitskammer den Grenzstreifen für Rom beschloffen.

Die spanische Anleihe.

Madrid, 10. November. Für die von der spanischen Regierung durch Schatzkammer aufgelegte Anleihe sind 1956 Mill. Pesetas gezeichnet worden. In spanischen Regierungskreisen wird das als Beweis für die günstige finanzielle Situation des Landes und für den festen Entschluß weitest Volkskreise angesehen, das marokkanische Problem zur Lösung zu bringen.

Loucheur nicht nach Washington berufen.

Paris, 10. November. Vom Ministerium für die besetzten Gebiete wird die Nachricht verbreitet, daß Loucheur von Briand nach Washington berufen worden sei.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Die heute eingegangene Nr. 106 des Reichs-Gesetzblattes enthält: Gesetz über die Erhöhung der Vorsteuerpflicht; Erhöhung der Reichsfinanzhoheit auf Grund des § 6 Abs. 1 des Landessteuergesetzes, sowie Bekanntmachung, betr. den Weintrugausweis und Bulgariens zu dem am 4. Mai 1910 in Paris unterzeichneten Internationalen Abkommen zur Bekämpfung des Mädchenhandels. Die Nr. 107 des Reichs-Gesetzblattes enthält: Verordnung über Erhöhung der Vorsteuerpflicht und Einführung einer Vorsteuerpflicht; Verordnung, betr. Abänderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 26. Jan. 1920, sowie Verordnung über Erwerbslosenfürsorge.

Kunstanzeigen.

* Mitteilungen der Sächsischen Staatstheater. Schauspielhaus. Morgen Freitag, den 11. November die Komödie „Schneider Wibbel“ von Hans Müller-Schöllner in der bekannten Fassung. Spielleitung: Alexander Wieth. Anfang 7 1/2 Uhr. * Mitteilung des Residenztheaters. Abends in völlig neuer Ausstattung: „Die Spitzentänzerin“. Es wird darauf hingewiesen, daß die Abendvorstellungen ab Sonntag, den 13. November, um 7 1/2 Uhr beginnen. Nachmittags 3 Uhr nochmals und zwar zum letzten Male die Straußsche Operette: „Ein Walzertraum“. * Solla-Hochschule. Sonntag, den 13. d. M., vormittags 9 Uhr Galetierführung durch die moderne Abteilung in der Teilnehmer (Gruppe A) an den Vorträgen von Dr. W. Junius über „Einführung in die bildende Kunst der Gegenwart“. Mitgliedskarten sind mitzubringen und vorzulegen. * Lukas-Kirche. 9. Orgelbesper am nächsten Sonnabend, 12. November, abends 8 Uhr von Organist Paul Höpner. Mitwirkung: Fräulein Sophia Gaus, Kontrabassisten: 1. Christian Gottlob Höpner, Pedalium und Fuge a-moll, 2. Ragnor Es-dur, Chorvorspiel. 2. Felix Mendelssohn-Bartholdy: Arioso: „Höre Israel“. 3. Enrico Bossi: Abendlied für Orgel. 4. Max Regner: op. 59 Nr. 8: Gloria in excelsis. Da auch in diesem Winter die Kirche nur an Festtagen geheizt werden kann, findet am Sonnabend, den 19. November die letzte Besper als Totenfest-Vorfeier statt.

Volkswirtschaftliches.

Erste Wiener Messe 1921. Nach übereinstimmenden Berichten, die dem Ausstellungs- und Messe-Rat der Deutschen Industrie von seinen verschiedenen Gewerkschaften zugegangen sind, kam der Erfolg der in der Zeit vom 11. bis 17. September d. J. durchgeführten ersten Wiener Herbstmesse, wenn man von verschiedenen Organisationsfehlern absteht, als überaus beachtlich angesehen werden. Von der Gesamtzahl der Aussteller entfielen 600 auf das Ausland, namentlich Tschechoslowakei (431), Deutschland, Ungarn, Jugoslawien, Schweiz, Italien und Frankreich (aus den baltischen Ländern natürlich in geringem Umfang). Das Hauptkontingent stellen Wien und das übrige Reich-Litauen. Auch hinsichtlich des Besuches sind alle Erwartungen weit übertroffen worden. Den allseitig anerkannten Mittelpunkt der Messe bildeten zweifellos die kunstgewerblichen Abteilungen, deren geschmackvolle Vorbildungen in den würdigen Räumen des ehemaligen Hofballungsgebäudes zu ausgezeichnetem Geltung kamen. Man kann schon heute sagen, daß alle mit dem Kunstgewerbe zusammenhängenden, auf Entfaltung künstlerischer Eigenart abgestellten Industrien, dazu namentlich die Leder- und Galanteriewarenindustrie, auch für die künftigen Nachfolgerinnen der Messe trugungsbereit bleiben werden. In den übrigen Industriezweigen herrschte noch ein ziemliches Chaos, das eine Antwort auf die Frage, ob die Wiener Messe auch für sie von Wert sein wird, noch nicht möglich machte; doch zeigten sich immerhin Anzeichen dafür, daß auch das Papiergewerbe, die Motor- und Automobilindustrie sowie elektrotechnische Materialien auf der Wiener Messe am rechten Platz sind. Die österreichische Maschinenindustrie hatte sich so gut wie vollständig beteiligt und wies eine überraschende Leistungsfähigkeit auf. Es besteht allgemein die Ansicht, daß die geplante Frühjahrsmesse, die in weit größerem Umfang durchgeführt werden soll, gleichfalls von gutem Erfolge begleitet sein wird, wenn aus den Erfahrungen der ersten Messe die erforderlichen Folgerungen gezogen werden.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 10. November.

Falsche Berichterstattung.

(N.) Am vorigen Dienstag wurde u. a. in Landtage eine Interpellation verhandelt, die sich gegen den Kultusminister Fleißner richtete. Die Angriffe gegen ihn stützten sich lediglich auf ganz kurze Notizen aus Zeitungen über Versammlungsreden des Ministers, die dieser für falsch und tendenziös erklärte.

Sie in die Augen fallendes Beispiel falscher Berichterstattung liefert nun abermals der „Dresdner Anzeiger“, der über die Ausführungen des Ministers Fleißner zur Sache im Landtage mit ganzen folgenden sieben Zeilen (!) berichtet:

„Minister Fleißner hält sich auf ungenauer Berichterstattung und macht den Vorwurf, die selben Reden noch einmal vor der Kammer zu halten. (Pfeiferrei.) Der Minister schließt: Ohne Blut sind Revolutionen noch niemals gemacht worden; niemandem kann das Recht auf Revolution genommen werden.“

Dem Redner wird also unterstellt die Behauptung, daß Revolutionen „gemacht“ werden, und daß sie „niemals ohne Blut“ gemacht werden. Der in den sieben Zeilen dargebotene Anlauf ist vom Minister Fleißner nicht gesprochen worden. Nach dem amtlichen Stenogramm hat er — nur diese Stelle der Rede kann in Frage kommen — vielmehr folgendes ausgesprochen:

„Es ist bereits auf den 9. November 1918 Bezug genommen worden. Will jemand von Ihnen behaupten, daß, trotzdem bei diesem Vorgang kein Blut geflossen ist, es keine gewalttätige Revolution, kein gewalttätiger Umsturz gewesen wäre, — will das jemand behaupten? ... Dann bitte ich Sie, mir einen einzigen Vorgang der Art zu nennen, wo niemals in der Geschichte eine nennenswerte gesellschaftliche Umwälzung ohne Gewalt vor sich gegangen ist.“

Das ist etwas ganz anderes, als was der Bericht im „Dresdner Anzeiger“ behauptet — es ist so ungefähr das gerade Gegenteil.

Dieser Vorgang bestätigt und illustriert auf anschaulichste das, was Minister Fleißner in seinen Ausführungen am Dienstag im Landtage in Bezug auf falsche Berichterstattung durch die Presse betonte.

* In der Gesamtsitzung am vergangenen Dienstag ist beschlossen worden, beim Reichsfinanzministerium Beschwerde dagegen einzulegen, daß die Verordnung vom 1. November d. J. über Höchstpreise für Kartoffeln ohne Gehör der Großstädte erlassen worden ist, da durch die Höchstpreisverordnung die Kartoffelzufuhr aus Sachsen völlig lahmgelegt und die Zufuhr aus außer-sächsischen Gebieten außerordentlich erschwert worden ist. Es soll weiter beim Reichsfinanzministerium beantragt werden, falls Aufhebung der Höchstpreisverordnung nicht möglich, der Stadt Dresden zur Versorgung ihrer Bevölkerung mindestens 500 000 Zentner Kartoffeln aus Sachsen zu nicht höheren als den festgesetzten Höchstpreisen zugewiesen und diese Menge, wenn nötig, für die Stadt nach der Höchstpreisverordnung zu entsorgen. Nach dem Bericht des Stadtbauamtes B hat sich die monatliche Einhebung der Gas-, Sitom- und Wasser-Rechnungsbeträge bewährt. Da etwa 60 Proz. der Abnehmer bei Verlage der Rechnung bar bezahlen und der Rest der Rechnungsbeträge bis auf geringe Rückstände durch Überweisung eingezahlt, haben sich die Einnahmegergebnisse erheblich verbessert und die Beschlässe der Stadtkasse an die Betriebe so gemindert, daß eine jährliche Einsparnis von etwa 1 1/2 Mill. M. erzielt worden ist. Die monatliche Einhebung wird deshalb fortgesetzt werden. Weiter ist beschlossen worden, von den Gas- und Sitomabnehmern künftig Sicherheit nur noch in Höhe des stärksten Monatsverbrauchs zu fordern und die Mahngebühr auf 2 M. für jede angefangenen 100 M. festzusetzen. Zur Abmilderung des Betriebsausfalls soll der Betrieb der Schwebbahn versuchsweise erst 11 Uhr vormittags aufgenommen werden. Dem Beschluß der Stadtverordneten, den Ernährungsbeitrag mit dem 1. Dezember d. J. aufzuheben, ist der Rat beigetreten. Ferner ist die Geltung der 15prozentigen Standgeldermäßigung in der Reichshauptstadt Karlsruhe bis zum 31. März 1922 verlängert worden. Nach weiterem Ratbeschluß wird die Gebühr für Gefattung der Einleitung der Klosettwasser in die öffentlichen Schächten und für Beaufsichtigung der Wasser-Klosettanlagen von 20 auf 100 M. und für jede weitere Stubenanlage von 10 auf 50 M. erhöht.

* Die Mehrheits-Sozialdemokratie Dresdens feierte den dritten Jahrestag der Revolution durch eine Veranstaltung im Städtischen Ausstellungspalast. Dessen großer Saal, der mit den Reichs-, Landes- und Parteisparten geschmückt war, füllte sich bereits in den Nachmittagsstunden und als gegen 6 Uhr die Feier begann, war der Andrang so stark, daß der Riesenraum mit seinen Galerien bis auf den letzten Platz besetzt war. Das Programm verzeichnete einleitende Worte des Hrn. Landtagspräsidenten Fräßdorf, Namens der Parteileitung begrüßte er die Versammlung, um dann als eines der ältesten Parteimitglieder einen Rückblick auf die Geschichte der sozialistischen Bewegung zu geben und eigenen Erinnerungen aus der Dresdner und sächsischen Arbeiterbewegung nachzugehen. Der Redner entrollte ein interessantes Bild aus dem Werden und Wachsen der sozialdemokratischen Partei, erinnerte an die großen Widerstände und Hemmnisse, die sich ihr ent-

gegenstellten und für die Einzelheiten auf jenen Zeiten an, in welchen die Sozialdemokratie unter Aufnahmegesetze gestellt wurde. Nach einem Blick auf die früheren Lohnverhältnisse der Arbeiterschaft wandte sich der Redner an die Gegenwart zu und beklagte die Spaltung innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung. Es gelte, sowohl nach rechts wie nach links gedrückt zu sein, denn auch mit dem Kommunismus sei es nicht, und nicht die Phrase, sondern nur die Tat bringe die Arbeiterschaft vorwärts. Wenn es der Sozialdemokratie auch nicht angenehm sei, mit den Bürgerlichen eine Regierung zu bilden, so müsse es doch geschehen, wenn die Arbeiterpartei nicht fast genug sei, die Forderungen für die Wohlfahrt der arbeitenden Massen allein durchzusetzen. Der Redner wünschte ferner, daß der sozialistische Gedanke sich Äußere und vertiefe und sich seine Ausführungen mit einem Hinweis auf die am nächsten Sonntag in Dresden stattfindenden Stadtverordnetenwahlen. Dem Redner wurde lebhaftester Beifall zuteil. Nach einem Gesangsbeitrag eines Doppelquartetts des Arbeiterfängerbundes welche Frau Eva Dittner, M. d. L., eine neue Hymne des S. Kreises der S. P. D. (Dresden-Mitglied). Die Rednerin deutete dabei die Farben der Fahne und Kennzeichen letztere als ein Symbol des Kampfes. Unter Musikbegleitung wurde von dem schon erwähnten Doppelquartett die Arbeiter-Marschmühle gesungen. Das Programm verzeichnete weiter als Mitwirkende Frau Jenny Schaffer-Bernstein u. m. die sächsische Schachspielhaus (Stadttheater) und Hrn. Otto Bernstein von der Freien Volkshalle in Berlin, sowie den heimischen Kartoffel-fänger Hrn. Kuno Baureuther. Auch die künstlerischen Gaben der Genannten wurden sehr dankbar entgegengenommen. Erst in der neunten Stunde erreichte die Saalveranstaltung ihr Ende. In einem Nebenraum fand eine Ausstellung aus der Geschichte der Parteipresse und Parteiliteratur viel Beachtung.

Der Gedankenflug schloß mit einem Festzuge der sozialdemokratischen Parteimitglieder. Nach der Feier im Ausstellungspalast stellte er sich auf der Stübels-Allee. Als die Fackeln entzündet worden waren, legte er sich unter Vorantritt von Trommler- und Pfeiferzügen in Bewegung und ging durch die Rennstraße, über den Wiener Platz und dann durch die Prager Straße nach dem Altmarkt. An dem Zuge, in dem auch viele rote Fahnen mitgeführt wurden, beteiligte sich besonders die sozialistische Arbeiterjugend. Der Zug bot kein einheitliches Bild, da infolge seiner Länge die Fackelträger sehr auseinandergerissen wurden. Der Straßenbahn- und Kraftfahrzeugverkehr wurde zeitweilig unterbrochen. Nach 9 Uhr kam der Zug auf dem Altmarkt an, wo die Fackeln in der Nähe des Denkmals zusammen-geworfen wurden. Dann sprachen mehrere Redner an die hier versammelte Menschenmenge. Mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie und die neu geschaffene Republik klangen die Worte aus.

* Wegen der vorgeschrittenen Jahreszeit wird bei an den Frühling von Weindöhlen anschließende sogenannte Kartoffelhaltung ab Dresden-Vertriebsfrist, 5.18 vorm., am Dresden-Vertriebsfr. 5.22 vorm., vom 14. November an nur noch an den drei Markttagen: Montag, Mittwoch und Freitag verkehren. Ab 1. Dezember wird er bis auf weiteres ganz ausfallen.

* Der Landesauschuss und der geschäftsführende Ausschuss des Volkstümlichen Lärmbundes in Dresden haben in diesen Tagen in einer außerordentlichen Sitzung zu dem neuen Entwurf einer Verfassung der Landeskirche Sachsen Stellung genommen und die nachstehenden Entschlüsse einstimmig gefaßt:

- 1. Wir wünschen als Träger der obersten Kirchengewalt einen mit besonderen Rechten ausgestatteten ersten Geistlichen.
- 2. Wir wünschen, daß die kirchliche Zentralbehörde, das Landeskonfistorium, zu einem kirchlichen Arbeitsamt ausgebaut werde, in dem neben den Geistlichen und rechtskundigen Mätern auch Fachleute der verschiedenen kirchlichen Verwaltungszweige und Arbeitsgebiete als gleichberechtigte Mitglieder herangezogen werden.
- 3. Wir beauern die Notwendigkeit, die Zahl der Mitglieder der Landesynode auf 70 herabzusetzen; wir wünschen aber unbedingt, daß die Zahl nicht noch weiter vermindert, sondern später nach Möglichkeit wieder erhöht wird.
- 4. Wir würden es nicht verstehen, wenn der Anteil der Laien an der Mitgliederzahl der Synode gegenüber der Vorlage geschmälert wird.
- 5. Wir wünschen, daß für die kirchlichen Ämter und Behörden deutsche Bezeichnungen eingeführt werden.

— Die Haus- und Grundstücksbesitzer bez. deren Stellvertreter sind vorgeschädigt verpflichtet, 1. nach eingetretener Frost, Schneefall oder Stauis während der Zeit von 7 Uhr morgens bis 10 Uhr abends die Gangbahnen entlang ihrer Grundstücke mit Sand, Asche oder einem anderen, die Wärme absorbierenden Material, jedoch mit Ausnahme von Salz, Kalk, Schmutz oder anderen unrenten Stoffen, so oft und so dicht zu bestreuen, als die Witterung dies erforderlich macht. Die Verpflichtung entfällt bezüglich derjenigen Grundstücke, die an Schotterstraßen mit dicken Gangbahnen liegen; 2. die an den Dächern sich bildenden Eiszapfen vor-sichtig abzuklopfen, die durch Traufwasser auf den Gangbahnen entstandenen Eisschichten, Schnee- und Eismassen, die von Gebäuden auf die Fußbahnen abgefallen sind, sofort zu beseitigen. Das Auswerfen des Schnees und Eises aus den Giebeln der Grundstücke auf die Fußbahnen, ebenso wie das Zusammenhäufen des auf

der letzten gefallenen Schnees in der Mitte der Straße ist verboten.

— Die Stadtverordnetenwahl und Wahl für die sechs Verwaltungsbereiche dauert nächster Sonntag, am 13. November, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr. Nach 6 Uhr dürfen keine Stimmzettel mehr angenommen werden. Die Wähler werden amtlich zur Beteiligung aufgefordert. Im heutigen „Dresdner Anzeiger“ sind alphabetisch die Strophen und Blöcke aufgeführt, daneben die Nummer ihres Wahlbezirks und am Schluß die Wahlstellen für die einzelnen Wahlbezirke. Auch die Wählerausweise in den Wahlbezirken geben Aufschluß über die Wahlstellen.

— Aus der Gesellschaft Philipp-Stiftung sind acht Renten im Jahresbetrage von je 90 M. an verarmte arme, vorzugsweise dem Kaufmannsstande angehörige Einwohner Dresdens zu vergeben, die hier unterstützungslos durch Geburt, dem evangelisch-lutherischen oder römisch-katholischen Bekenntnisse zugetan, unbescholten und wenigstens 60 Jahre alt sind. Bewerbungen unter Beibringung des Nachweises der angeführten Erfordernisse bis zum 28. November schriftlich und portofrei beim Fürsorgeamt der Stadt Dresden.

* Am Sonntag vormittags 11 Uhr wird im Ausstellungspalast eine Ausstellung des Jugendringes eröffnet. Während der Ausstellung finden nachstehende Vorträge statt: 14. November Dr. Teppe: Gefundes Wandern. Mit Lichtbildern. — 15. November Fritz Kiebold: Der Kampf gegen die Tuberkulose. Mit Film. — 17. November Dr. Ulrich: Jugendbewegung und freies Volkswirtschaftswesen. — 18. November Direktor Lehmann: Gut und schlechter Faustrot. — 19. November: Gefunde Kleidung. Mit Lichtbildern. — 21. November Fr. Dr. Weißner: Die Jugend und das Kunstwerk. — 22. November Dr. Pfeiffer: Die Bedeutung der erblichen und nicht-erblichen Krankheiten für die Zukunft unseres Volkes. — 23. November: Dieberabend. — 24. November Frau Dr. Gertrud Bäumer (Berlin): Grundlagen einer neuen Volkshilfe. — 25. November: Schulpflicht. Mit Film. — 26. November: Adventsfeier. Die Vorträge werden abends 8 Uhr im Vortragssaal des Reuen Ausstellungsgeländes, Lennestraße, die Adventsfeier in der Frauenkirche abgehalten.

* Jugendgottesdienst in der Dreißigstraße findet nächsten Sonntag abends 6 Uhr, statt aus Anlaß des allgemeinen Werbetages für die evangelische deutsche Jugend. Jugendliche Köpfe werden mit Sang und Klang die Feier umrahmen. Die Ansprache hält Pfarrer Dr. Götzsching.

* Der Zweigverein Dresden des Wohl-tätigkeitsvereins „Sächsische Heilshilfe“, der vor kurzem sein 40-jähriges Bestehen durch eine Festlichkeit im Konzerthaus des Städtischen Ausstellungspalastes feierte, veranstaltete am 5. d. M. eine Radfeier in Hammer's Hotel. Es wurden künstlerische Vorträge dargeboten durch die Herren Opernsänger Robertson und Baron Carlo v. der Kopp, ferner vorzügliche Gesangsleistungen der Quartettvereinigung „Einigkeit“. Der Dresdner Verein hat in den verfloffenen 40 Jahren allein in der Stadt Dresden weit über 200 000 M. an Barunterstützungen für würdige Hilfsbedürftige aller Stände angewendet und daneben noch Rat und werksfähige Hilfe erteilt. Seit kurzem entfand er auch bedürftige Kinder in das vom Landesverein erworbene und geleitete Kindererziehungsheim in Sockland an der Speer. Hierzu bedarf er allerdings, namentlich bei dem gesunkenen Geldwerte, reichlicherer Mittel, zumal er sich die Aufgabe gestellt hat, zur Erzielung vollen Erfolges die Kinder während zu verpflegen. Der Verein wird deshalb in der nächsten Zeit darum bitten, neben dem Mitgliedsbeiträge, der nur 1 M. jährlich beträgt, einen Sonderbeitrag für die erwähnte Kinderpflege zu zeichnen. Spenden nimmt der Zweigverein Dresden an durch seine Vorstandsmitglieder und bei Einzahlung oder Überweisung auf sein Postkontokonto Dresden Nr. 111562 oder Stadtkontokonto Dresden Nr. 2696.

* Am Dienstag, den 15. d. M., abends 7 1/2 Uhr findet im Schauspiel der Laubhütten-Kaufhaus unter der Überschrift: „Das Seelenbild eines Erlaubten“ ein Vortrag statt, der dem erlaubten Dichter Walter Scheffler gewidmet ist. Regie-tungsdirektor Wegowig wird aber das ergreifende Schicksal eines Menschen berichten, der ähnlich wie Beethoven (wenn auch im gemaligen Abstand der Leistung) sein Unglück künstlerisch und religiös auswertet und überwindet. Am Schluß spricht der Vortragende Proben aus Schefflers Werkbuch „Mein Lieb“, für das Avenarius im Februarheft des „Kunstwart“ warm eingetreten ist.

* Zum Vorstand der Dresdner Diakonissen-anstalt ist an Stelle von Präsident v. Kirchbach, der sein Amt mit Rücksicht auf sein Alter und seine Gesundheit niedergelegt hat, General a. D. Barth-Dresden gewählt worden, der bisher zweiter Vorsitzender gewesen ist. Präsident v. Kirchbach wird im Vorstand verbleiben.

* Die Dresdner Werkschau veranfaßt morgen, Freitag, im Logenhaus, Blumenstraße 3, eine Schlußfeier der Aussteller. Näheres durch die Geschäftsstelle Laube, Wettinerstraße 15, Fern-sprecher 14477.

* In Kitzsch d. Großenhain ist am 9. November gegen 9 Uhr vorm. der 37-jährige Wirt-schaftsbesitzer Ewald Thiemig von einem Wägenbrecher erschossen worden. Letzterer ist flüchtig und wird wie folgt beschrieben: Anfang 20er Jahre, etwa 170 bis 175 cm groß, kräftige Figur, volles gelbbraunes Gesicht,

brauner Schnurrbart, dunkles Haar, in beiden oberen Eckzähnen Goldplomben, schwarzer Blid, kleidet mit graugrünem Mantel oder Ueber (offenbar abgeänderter Militärmantel), grauem dunkel gepulvertem gestrepten Stoffportulak, vorn an beiden Seiten eingedrückt, schwarze Schuhe, vermutlich Ledergamaschen. Er fährt ein gut erhaltenes Fahrrad mit gelben Felgen bei sich. Am Tatorie ist von ihm ein ziemlich neuer graugrüner Kadjak von Segelzug mit lebernen Tracieren und in Leder gefästen Gelen, zurückgelassen worden. Darin befinden sich 1. 16 kleine Fächerchen (rechteckige Form) mit Kadelposition „Trigolm“. Diese waren zum Teil in einem kleinen Feldpostkasten, zum Teil in Stücke des „Vogelwärtigen Anzeigers“ vom 17. Dezember 1920, der „Dresdner Neuesten Nachrichten“ vom 20. Dezember 1920 und der Zeitschrift „Die christlichen Familien“ verpackt; 2. ein Wägenplan — Sommerausgabe 1921 —; 3. eine vermisste Biemannsche Kugelbrenn-laternen mit stark verkrümmtem Glas; 4. ein feststauer, großhantiger, weißer Filzhut mit schwarzem Band und abhebbender Krone, in dessen Schwelbleher die Buchstaben „H. K.“ eingelocht sind. Die Tat ist offenbar mit einem Armeerevolver ausgeführt worden. Es wird angenommen, daß der Unbekannte die Kadelposition irgendwo zum Kaufe angeboten hat. Er ist vom Tatorie in Richtung auf Ortrandorf entwichen. Für werksfähige Meldungen, die zur Ermittlung des Unbekannten führen, ist eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt worden, deren Verteilung sich die Generalleitung der Landesstriminalpolizei vorbehält. Wer irgendwie in der Lage ist, Angaben zur Person des Unbekannten zu machen, wird gebeten, sich an die Landesstriminalbrigade Dresden, Schichgasse 7, 3. Zimmer 210, den Gendarmarie-Standort Großenhain oder die nächste Polizeistelle zu wenden.

Sächsische Angelegenheiten.

Berufung der „Altrentner“

(Geht vom 18. Juli 1921.)

Das „Altrentnergesetz“, das mit Wirkung vom 1. Januar 1921 in Kraft getreten ist, regelt die Versorgungsgelohnnisse der früheren Angehörigen der deutschen Wehrmacht und ihrer Hinterbliebenen, soweit ihnen Versorgungsgelohnnisse nur infolge einer vor dem 1. August 1914 bestehenden Dienstleistung zuerkannt sind oder nach dem von dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 erlassenen Militärversorgungsgesetz noch zuerkannt werden können. Nicht darunter fallen die mit Ruhegehalt verabschiedeten Berufsbeamten, -bediensteten und -beamten, für die das Pensions-erhaltungsgesetz vom 21. Dezember 1920 gilt. Da nach § 1 des Altrentnergesetzes grundsätzlich das Reichsversorgungsgesetz gilt, ist erreicht, daß alle „Altrentner“, mag ihre Berufung nach der Gesetzgebung von 1906/07 oder späterer Zeit erfolgt sein, im allgemeinen wie die „Neurentner“ aus dem Kriege 1914/18 behandelt werden. Die Neufeststellung der nach früheren Militär-versorgungsgesetzen bewilligten Versorgungsgelohn-nisse (Umanerkennung) erfolgt ohne Antrag. Bei der Reihenfolge der Umanerkennung wird das hohe Lebensalter einer Reihe von Altrentnern, insbesondere auch der Kriegsteilnehmer von 1870/71, und die bedürftige Lage von Beschädigten und Hinterbliebenen berücksichtigt.

Mit der Durchführung des Gesetzes sind von Reichsarbeitsministerium beauftragt worden: a) die Hauptversorgungämter hinsichtlich der Hinterbliebenen, b) die Versorgungsämter hinsichtlich aller übrigen Versorgungsberechtigten. Da die Umanerkennungsarbeiten eine gewisse Zeit erfordern, ist seitens des Reichsarbeitsministeriums angeordnet worden, daß den Witwen und Waisen der Unterlassen, die sich zum Teil in großer Notlage befinden, von Amts wegen mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 an laufend monatlich Vorschüsse in Höhe der künftigen Versorgungsgelohn-nisse gewährt werden. Wenn im übrigen im Einzelfalle eine Vorschussgewährung geboten erscheint, kann diese von den Versorgungsbehörden auch selbständig veranlaßt werden.

Verlängerung der Gültigkeitsdauer der sogenannten Expedientenvollmachten.

Auf den Stationen, wo die Eisenbahn für die Zuführung der ankommenden Gütergüter an die Empfänger durch hahnamtliche Kostführerunternehmer sorgt, kann die Ende dieses Jahres ablaufende Gültigkeitsdauer der Anzeigen nach § 78 (2) Eisenbahn-Berkehrsordnung — sogenannte Expedienten-vollmachten — im Bereiche der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden auf ein weiteres Jahr bis Ende 1922 verlängert werden. Anträge auf diese Verlängerung der Gültigkeitsdauer sind bis spätestens 5. Dezember 1921 an die in Frage kommenden Güter- und Güterabfertigungen zu richten. Neue Vollmachten können nur bis Ende 1922 genehmigt werden.

Beratung weiblicher Auswanderer.

Die Otoberatung des Bundes deutscher Frauenvereine in Köln, die sich zu einem vater-ländischen Ereignis gestaltete, hat für die von ihr vertretenen Bestrebungen eine große gemeinsame Basis geschaffen. Einige der wichtigsten dort zum Ausdruck gebrachten Gedanken waren folgende: Das Berufswortlichkeitsgefühl der Frau als himm-berechtigte Wählerin und Politikerin habe ihren Blick auf weitere Aufgaben gelenkt. Grundbedürfnisse Frauen in solchen Arbeitsgebieten zu beschärfen, in denen sie vermöge ihrer psychischen weiblichen Eigenart in wirtschaftlicher und ethischer

Beziehung Beförderter zu leisten vermögen. So sei dem Einfluß und der Sachkunde der Frauen sowohl in der Verwaltung als auch in leitenden Beamtenstellungen weiterer Spielraum zu gewähren. An dem Grundsatze der Beratung weiblicher Ausschüsse durch weibliche Berater sei möglichst festzuhalten, insbesondere auch auf dem Gebiete der Auswandererberatung. Man denke nur an den Mädchenhandel, an die Berufsberatung weiblicher Personen, die ins Ausland gehen wollen, an Gesundheitsprüfungen usw. Die große Bedeutung der weiblichen Beratung sei gerade hier unverkennbar. Manche Schritte in dieser Richtung sind bereits getan. Dem Reichsausschuss für Auswandererberatung hat Frau Elise Probenius als Beiratsmitglied an, während bei dessen Zweigstellen in Dresden und Leipzig Elise Probenius v. Holleben in Dresden, Frau Marie Kaempfe in Oranienburg und Frau Elisabeth Schwalbe in Chemnitz als beratende Mitglieder oder Vertrauensdamen, sowie Frau Elise Vogelgesang in Dresden als Sekretärin mitwirken.

Sturmwind auf die Telegraphenleitungen.

Infolge der Nachwirkungen der Revolutionen in den telegraphischen Verbindungen verzögern sich noch die Telegramme nach Belgien, den Niederlanden, Dänemark, Frankreich, Italien, Deutsch-Osterreich, Ungarn, sowie nach West- und Süddeutschland. In Berliner Auslandsverbindungen fehlen noch Antwerpen, Brüssel, Haag, Rotterdam, Kopenhagen, Rom, Mailand, Krakau, Warschau und Karlsbad. Die Besserung schreitet fort, da die Leitungsstörungen zusehends abnehmen.

Die Feier des 9. November in Sachsen.

In Leipzig ist der Revolutionsfeierabend außerordentlich ruhig verlaufen. Die Staatsgebäude trugen aus Anlaß des Tages schwarz-rot-goldene Flaggenschmuck. Das Gewerkschaftsstadion Leipzig und die Vorplätze der sozialistischen Parteien hatten für nachmittags 2 Uhr sieben große öffentliche Versammlungen mit dem Thema „Der 9. November und die Arbeiterklasse“ angeordnet. Diese waren — in den meisten Betrieben ruhte ab 1 Uhr mittags die Arbeit — durchweg gut besucht. Im Volkshaus konnte der große Saal die Teilnehmer nicht fassen. Ein Vertreter der Unabhängigen behandelte das Thema des Tages, gab einen Rückblick auf die vergangenen drei Jahre des Kampfes, kritisierte die bisherigen Errungenschaften der Revolution und kennzeichnete die Gefahr, die der jungen Republik durch die Reaktion, die von Tag zu Tag mehr erstarke, drohe. Der Demonstrationszug nach dem Augustplatz und die Kundgebung dort unterschieden sich kaum von früheren derartigen Veranstaltungen. Die Redner der verschiedenen sozialistischen Richtungen sprachen von der Bedeutung des 9. November, von den Forderungen der Arbeiterschaft und schlossen mit einem Hoch auf die Internationale. Ohne Zwischenfälle, wie der Aufmarsch, waldog sich auch die Räumung des Augustplatzes. In Chemnitz wurde vom Gewerkschaftsstadion und den drei Parteien der Linken gestern vormittag auf dem Königsplatz eine Kundgebung veranstaltet. Ansprachen an die Mengen hielten Dr. Bruchardt von der U. S. P. und Dr. Friedel von der S. P. D. Die Versammelten gingen dann auseinander, zum Teil beim Aufmarsch gemeinsam Lieber singend. Abends fanden im Kaufmännischen Vereinssaal und im Volkshaus Kommerses statt. Obgleich die Arbeit in vielen Betrieben ruhte, gab es anderseits auch zahlreiche Betriebe, insbesondere solche der Textilindustrie, in Chemnitz und der näheren und weiteren Umgebung, in denen voll gearbeitet wurde. Der Jahrestag der Revolution hatte sich in Plauen durch keinerlei Erscheinung bemerkbar gemacht. Der Verkehr war der gleiche wie an anderen Tagen, und nirgends war etwas davon zu verspüren, daß ein besonderer Gedenktag sei. Nachmittags fanden aus Anlaß des Revolutionsgedächtnistages Versammlungen der Arbeiterschaft statt.

Zusammenfluß der deutschen Rechtsverbände.

Der Deutsche Rechtsbund, Sitz Dresden, und der Bund für Deutsches Recht, Sitz Weimar, Vorsitzender Amtsgerichtsrat Wegemann, haben sich zum Zwecke der Arbeitgemeinschaft zusammengeschlossen. Die Ortsgruppen jedes Bundes sind zugleich Ortsgruppen des anderen Bundes. Weitere Zusammenschlüsse der Deutschen Rechtsverbände sowie fortschreitende Ortsgruppenbildungen seien unmittelbar bevor.

Hilfskaffe für Deutsche Rechtsanwälte Leipzig.

Am 30. Oktober d. J. hat zu Leipzig die lebensunfähige Hauptversammlung der Hilfskaffe für deutsche Rechtsanwälte stattgefunden. Das Geschäftsjahr schließt mit einer Mitgliederzahl von 12663 gegen 11322 im Vorjahre. Das Vermögen der Kaffe betrug am 30. Juni 1921 1115641,34 M. Bis zu diesem Tage war für das am 1. Juli 1921 begonnene neue Geschäftsjahr für ordentliche Unterhaltungsarbeiten schon über 294200 M. verfließen.

Widau. Die Eingemeindung des Vorortes Weidenborn, was die Stadtgemeinde Widau über einen außerordentlich großen Grundbesitz verfügt, wird nun zum 1. Januar 1922 festgelegt werden. Der Gemeinderat von Weidenborn hat dem Eingemeindungsvertrag bereits einstimmig zugestimmt.

Wahl i. C. Bei den Wahlen zur Altersratswahl an den drei Volkshäusern sind 18 Vertreter der christlichen Liste und 9 Vertreter des Gewerkschaftsvereins gewählt worden.

Prähmung. Der Besitzer des Rittergutes Großburg Kreishauptmann Dr. Krug v. Widda und v. Kalkstein hat der Stadtverwaltung 200 Zentner Kartoffeln zur Verfügung gestellt, die zum Preise von 20 M. für den Zentner an die minderbemittelte Bevölkerung verteilt werden sollen.

Tageschronik.

Berlin, 10. November. Gestern hat der Arbeiter Franz Gogaly seiner Mutter, der Witwe Marianne Gogaly, mit einem Messer die Kehle der rechten Hand durchgeschnitten. Er hatte die Absicht, sie mit einem noch bevorstehenden Beile zu erschlagen. Auf die Hilferufe der Frau holten die Nachbarn einen Schuttpolizeibeamten herbei, der den Täter festnahm und die Überführung der Frau ins Schwimmbadhaus veranlaßte. In der Nebenstube wurde die Frau von dem Gogaly, die Arbeiterin Gertrud Jobb ergriffen. Sie war damit beschäftigt, sich die Sachen der Frau Gogaly anzueignen. Der Zustand der Mutter ist hoffnungslos.

Gera, 10. November. Die älteste Einwohnerin der Stadt Gera, Frau Johanna v. Franke, ist jetzt im 100. Lebensjahre angekommen.

Hannover, 10. November. Vor dem hiesigen Schwurgericht ist eine Mordtat verhandelt worden, die seinerzeit das größte Aufsehen erregt hat. Unter der Anklage des Mordes stand die Ehefrau Luise Jerweid. Sie ist beschuldigt, in der Nacht zum 7. Januar durch drei selbständige Handlungen ihre beiden Töchter Liselotte und Gertraude und den Primaner Hans Jobb Kille, Sohn des Justizrats Kille vorsätzlich und mit Überlegung getötet zu haben. Die ausführliche Vernehmung der Angeklagten ließ erkennen, daß anscheinend ihr ganzes Leben durch eine starke finnische Veranlagung beherrscht wurde. Das Gericht hat die Angeklagte Luise Jerweid wegen Mordes in zwei Fällen zweimal zum Tode verurteilt. Die Angeklagte nahm das Urteil gelassen auf, wie sie auch bei der ganzen Verhandlung eine große Gleichgültigkeit zur Schau getragen hatte.

Hirschberg i. Schl., 10. November. Für die neue Kommande, die am Fuße des Koppensegels in unmittelbarer Nachbarschaft der Kiefernhaube auf reichsdeutscher Seite erbaut worden ist, soll ein kennzeichnender Name gefunden werden. Dr. Hugo Teichmann, der Besitzer der Baude, hat deshalb ein Preisausgeschrieben und für die Namensfindung drei Preise im Gesamtwerte von 2000 M. (ein Ogemälde aus dem Kieferngebirge, einen Pokal aus der Zerkelnhütte und ein künstlerisches Erzeugnis aus den Schließigen Werkstätten von Alfred Gudisch in Krummhölz) ausgesetzt. Die Bewerbungen müssen bis zum 1. Dezember eingehen. Sie sind brieflich oder auf einer Postkarte ohne Angabe des Absenders, aber mit einem Kennwert versehen, an Oberbaurat Werth in Hirschberg zu senden. Gleichzeitig hat der Besizer in verschlossener, äußerlich durch die Aufschrift „Neue Kommande“ gekennzeichneten, an Hrn. Oberbürgermeister Hartung in Hirschberg gerichteten Briefumschlag seine Anschrift mit der Wiederholung des Kennwortes mitgeteilt. Das Ergebnis des Preisauswählens wird zu Weihnachten bekanntgegeben.

Hirschberg i. Schl., 10. November. Die geheimnisvolle Tragödie auf Schloß Kleppelberg wird am 5. Dezember in einer Sonderdarstellung des Schwurgerichts in Hirschberg zur Verhandlung kommen. Wie erinnert, wurden am 14. Februar die sechzehnjährige Besitzerin des Rittergutes Kleppelberg bei Böhln, Dorothea Rohrbach und ihre zwölfjährige Stiefsohnin Ursula Schade aus Berlin, die zu Besuch auf Schloß Kleppelberg weilte, in einem Zimmer erschossen aufgefunden. Unter dem Verdacht, beide Mädchen ermordet zu haben, wurde der Eriesvater der Schade und Onkel der Rohrbach, der Architekt Peter Gruppen aus Oldenburg bei Hildesheim verhaftet. Gegen Gruppen ist Anklage wegen Doppelmordes und wegen Sittlichkeitsverbrechens an seiner Stieftochter erhoben. Zu der Verhandlung sind weit über 100 Zeugen geladen, ebenso hervorzuheben Sachverständige auf dem Gebiete der Psychiatrie, des Synoptismus, der Schichttechnik usw. Der Prozeß wird in krimineller, wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht ganz außergewöhnlich interessante Momente zutage fördern. Die Dauer des Prozesses ist auf mindestens zehn Tage berechnet.

Rolberg, 10. November. Im pommerischen Küstengebiet hindert harter Schneefall den Abgang der Kartoffeltransporte.

Freiburg i. C., 10. November. Im Schwarzwald herrscht bei 10 Grad Frost heftiges Schneetreiben.

Rangig, 10. November. In dem Dorfe Hlatenhof ist ein Selbstmörder, als er nachts in die Schanze ging, durch drei Schüsse niedergeschossen worden. Als sich seine Frau auf die Schanze hin in die Schanze begab, wurde sie gleichfalls erschossen. Unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft sind drei Arbeiter verhaftet worden. Man vermutet einen Raubmord.

Kopenhagen, 10. November. Während des letzten ordentlichen Schneesturmes sind 15 dänische Hühnerhalter aus der Nordsee nicht zurückgekehrt.

Rom, 9. November. Infolge Verlangens des Papststuhls ist in Rom bei einer Plünder-

aufkantung ein früherer Fliegeroffizier aus 800 m Höhe abgefliegen und sofort getötet worden. — In Turin ist ein Flugzeug infolge des Versagens des Motors in die Zuschauermenge gesunken. Eine Frau ist getötet.

Die schöne Summe von 1 1/2 Millionen als Belohnung für eine Ohrfeige hat jetzt ein Wiener einheimen können, der 1914 einem Straßenbahnkassierer in Zürich eine Ohrfeige nach einem erregten Wortwechsel gegeben hatte und gegen Stellung einer Bürgschaft von 2000 Franken auf freiem Fuß belassen worden war. Das Gericht verurteilte ihn zu 5 Franken Geldstrafe; aber den Rest der Bürgschaft erhielt er jetzt nach 7 Jahren zurück; das Sinken der österreichischen Währung verhalf ihm dabei zu der Summe von 1 1/2 Millionen Kronen.

Bücherbesprechungen.

In der bekannten Deutschen Ausgabe der deutschen Reichsgerichte (G. D. Deutsche Verlagsbuchhandlung in München) sind erschienen: 1. Rebengerichte zum bürgerlichen Gesetzbuch. Textausgabe mit alphabetischem Sachregister. Dritte Auflage. Geb. 9 M. Die neue Ausgabe, die nach mehrjährigem Bestehen erscheint, enthält wie bisher die Grundbuchordnung, das Gesetz über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung und das Gesetz für die freiwillige Gerichtsbarkeit. 2. Gebührenordnung für Rechtsanwälte auf Grund der Novellen vom 1. Juni 1909, 1. April 1918, 18. Dezember 1919 und 8. Juli 1921, nebst den einschlägigen Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes in der vom 1. August 1921 an geltenden Fassung erläutert von Justizrat Sigmund Herzbacher, Rechtsanwalt in Nürnberg. Mit Tabellen. Dritte vollständig neu bearbeitete Auflage. Geb. 28 M. In der neuen Auflage haben außer den genannten Novellen die einschlägigen Vorschriften der Reichsgebührenordnung und des Umfahrgesetzes Berücksichtigung gefunden, besonders wertvoll für die Praxis des Rechtsanwalts sind die fünf Tabellen zur Berechnung der Gebühren, Gerichtskosten und Pauschale in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die im Interesse der praktischen Benutzung des Buches zum Teil bis zu höheren Beträgen fortgeführt sind, als in den früheren Auflagen. Mit Rücksicht auf die einschneidenden Änderungen der Novelle vom 29. Juni 1921 zum Gerichtsverfassungsgesetz wurden auch drei Tabellen über die Gerichtskosten beigefügt.

Von den zahllosen Schriften, die das Danteljubäum hervorgerufen hat, steht die Rede von Ernst Troeltsch, die er bei der deutschen Dantefeiher in Berlin gehalten hat, an erster Stelle, und es ist nur zu begrüßen, daß er sie unter dem Titel „Der Berg der Läuterung“ nunmehr allgemein zugänglich gemacht hat (E. S. Mittler & Sohn in Berlin, geb. 3 M.). Er spricht von Dante in einem anderen Sinne, als man erwartet; nicht von der ästhetischen Seite, sondern von der ethischen sucht er ihn zu fassen; oder anders ausgedrückt: Troeltsch will die Frage beantworten, was Dante in unserer geistigen Not uns zu sagen hat. In unserer geistigen Not, die nicht nur aus dem Kriege erwachsen ist, sondern die aus der Überfülle von Vorbildern und Anregungen, aus der kritischen Aufklärung alter Formen und aus dem spielerischen Eklektizismus stammt. Da findet der Verfasser in Dante die volle Eingabe an Seelen, den heiligen Ernst, daneben erscheint er als Erzieher zur Form in der strengen Sprachbehandlung. Von diesen Gedankenansätzen aus entwickelte der Verfasser die Lebensidee des Dantischen Gedichtes, die er kurz in dem Satze zusammenfaßt: daß das Leben selbst in seinem Wesen Läuterung ist und gibt darauf aufbauend eine bildhafte Schilderung des symbolischen Inhaltes der ganzen Dichtung. Zuletzt weist Troeltsch ganz unmittelbar auf den Wert für unsere Zeit hin: „Es muß eine Verbindung reicher Überlieferung und tiefer Ehrfurcht vor der Geschichte mit lebendiger Kraft und Frische kommen; Jugend und unerbauende Kraft muß mit dabei sein. Das Gedächtnis Dantes kann und soll uns nur das Problem selbst in seinem ganzen Ernst vor Augen stellen.“

Dr. Otto Seod, der unlängst verlebene Historiker, hat noch kurz vor seinem Tode die „Entwicklungsgeschichte des Christentums“ erscheinen lassen (G. B. Neptische Verlagsbuchhandlung in Stuttgart, geb. 35 M., geb. 45 M.), im wesentlichen ein Sonderdruck aus der „Geschichte des Untergangs der antiken Welt“ desselben Verfassers. Ein Buch, das entschieden viel Staub aufwirbeln wird. Es ist mit besonderer Absicht in dieser Fassung vom Verfasser herausgegeben worden, denn er will damit zeigen, wie wenig die religiöse Begeisterung als ein Hilfsmittel für eine Zeit aufgelöst werden kann, wenn er klarlegt, auf welche Weise der christliche wie der heidnische Glaube entstanden sind. Anders als Spengler sieht Seod den Untergang der Kultur an. Nicht in der natürlichen Erschöpfung der Kräfte, nicht darin, daß auf Jugend und Mannesalter der Tod mit Notwendigkeit folgt, sondern in den politischen Zuständen, in der Ausrottung der tüchtigen Männer liegt für Seod der Verfall begründet. Damit wird der Charakter des Buches durchaus abzuweichen von der Auffassung, die im allgemeinen herrscht. Im Widerspruch zur gewöhnlichen Ansicht behauptet der Verfasser, daß die Kirche den Staat immer als feindlich betrachtet habe und daß das kirchliche Handeln der Religion nicht durch die Religion

bestimmt sei. Um seine neuen Auffassungen zu begründen, greift der Verfasser weit zurück bis auf Antikristus und Sonnenkulten und nimmt seine Zuflucht zu zahlreichen Hypothesen. Dann geht es über die Religion des Homer, die der Griechen und Römer zum Christentum, deren Entwicklung bis zum kaiserlichen Konzil verfolgt wird. Eine ungeheure Stoffmenge wird bewältigt, und es nimmt kein Wunder, daß der Verfasser manches aus gewirter Hand geschöpft hat, namentlich seine Darstellung des Sonnenkultes dürfte von Mythologen fast angefochten werden. Ein interessantes, aber zweifelhaftes Werk. — ab

Spport.

München. Die Zahl der diebstahligen Siege des Dresden e Ruderklassen (E. R.) ist die höchste, die von ihm in einem Jahre erreicht wurde. Ein Preise erlangen die Rennmannschaften aus den Regatten in Dresden, Breslau, Weimar, und zwar in zwei Großen Achter-Rennen, im Viererbootrennen und in anderen mehreremigen Rennen derselben Klasse. Sechs Siege wurden von seinen Jungmännern außerdem in Viererbootrennen gewonnen. Die Führung der Sieger findet Sonabend im Bootshaus statt. — Die Preise sind bei Göde, Wädruffert Straße, angekauft.

Luffport.

Der „Sächsische Verein für Luftfahrt“ lobt die Mitglieder des „Flugtechnischen Vereins“ zu seiner morgigen Freitag, den 11. d. M., abends 7 1/2 Uhr im physikalischen Institut der Technischen Hochschule, Bismarckplatz, stattfindenden Hauptversammlung ein. Dr. cand. ing. Horst Wittich wird dabei über den Höhen-Segelflug sprechen.

Sächsische Staatszeitung

Einzelne Nummern 30 Pfg.
in Dresden-M. in der Geschäftsstelle Georg Zwingerstraße 16,
beim Bahnhofsbuchhändler im Hauptbahnhof, Prager Straße 44 und Friedrichstraße 20 (Berlinerhäusern),
beim Buchhändler E. Feincke, Annenstraße 12a, Amalienstraße 2 und Birnauer Platz (Berlinerhäusern),
bei H. E. Simon, Zig.-Geschäft, Jirkulstraße 45.

Volkswirtschaftliches.

Tollanfrage und Marktwort.

Berlin, 10. November. Nachdem der Dollar am Dienstag auf der Berliner Börse mit 330 R. gehandelt worden war, ist sein Kurs nunmehr wiederum wesentlich gesunken. Wie die weitere Entwicklung sein wird, läßt sich noch nicht absehen. Doch selbst wenn demnach ein weiterer Kursrückgang festzustellen wäre, der Dollar wird sich auf einer derartigen Höhe halten, daß die deutsche Mark auf amerikanischen Märkten nichts kaufen kann. Gewiß wird anderseits so der Abzug deutscher Waren in Amerika erleichtert, doch die so ermöglichte Unterbietung wird, wie sie bereits Belgien zur Erhebung von Aufschlägen auf die Zölle veranlaßt hat, so auch die anderen Staaten zu ähnlichen Abwehrmaßnahmen nötigen; denn Deutschland kann mit seiner billigen Mark heute mit jedem Produzenten im Ausland von Waren konkurrieren.

Tagegen ist es auf der anderen Seite nicht mehr denkbar, auf ausländischen Märkten einzulaufen, und damit wird der verarbeitende deutsche Industrie das Maßmaß gebrochen; denn sie ist auf fremde Rohstoffe angewiesen und kann ohne sie nicht auskommen. Auch unsere Erzeugung bedarf der amerikanischen Zufuhren an Getreide, Getreide, Baumwolle usw., und gerade diese Rohstoffe sind es ja, welche die Interessenten zwingt, sich zu jedem Angebot amerikanischer Waren zu verhalten.

Mit dem Dollar steigen aber auch die übrigen fremden Zahlungsmittel und ein Stillstand ist nur zu erwarten, wenn entweder die amerikanischen Kreditkonditionen sehr behalt gewinnt oder die Märkte sich zu einer Revision der Deutschland auferlegten Reparationszahlungen entschließen. So wie die Dinge jetzt liegen, hat sich eine unbehaltbare Lage herausgebildet, der im Interesse aller ein Ende gemacht werden muß, und zwar schnellstmöglich. Werden die verübundenen Märkte sich hierzu entschließen?

Rückgang des Tolltarifes.

Berlin, 10. November. Auf dem Devisenmarkt ist am Mittwoch ein heftiger Rückgang eingetreten. Der Dollar, der am Dienstag noch bei 330 M. in die Höhe getrieben worden war, senkte sich Mittwoch früh bereits bis auf 275 M., senkte sich dann bis Freitag noch weiter sprunghaft bis auf 253 M. und zeitweilig sogar bis auf 249 M. Es ist also ein Kursrückgang von über 75 M. oder etwa 1800 P. os. innerhalb 24 Stunden zu verzeichnen, der die lange Reihe unangenehmer nicht minder heftiger Erregungen der letzten Tage angehen unterbricht, zu besonderer Genugtuung aber schon deswegen einen Anlaß geben kann, weil auch ein Kurs von 250 M. für den Dollar bei 4,20 M. Notkollkurs allein gegen den Beginn dieses Monats noch immer eine Erhöhung um volle 70 M. bedeutet. Selbstverständlich sind auch die übrigen Devisenkurse gehörig zurückgegangen, der holländische Gulden sank um 19 M. auf 87, der englische Pfund um 300 M. auf 962 M. Ob diese Abwärtsbewegung die wünschenswerten Fortschritte in dem erforderlichen erzieherischen Maße machen wird, bleibt abzuwarten und hängt von der weiteren Gestaltung des Marktes im Ausland ab. Im Rein Port, dem maßgebenden Markt, war Dienstag Freitag, im freien Handel soll aber haben eine geringe Gebots- und Kaufspreise von ihrem überhöhten Tiefstand zu verzeichnen sein, die am Mittwoch auch an den europäischen Börsen ein entsprechendes Echo fand. Auf dem tragbar hier hauptsächlich die Bekanntgabe

des Weizenmarktes über Neuregelung des Devisenverkehrs, der eine weitgehende Beschränkung oder gar völlige Ausschaltung der Devisenspekulation unterbreitet vorseht, zum schroffen Umschwung bei. Die bereits am 17. November in Wirkung tretende wesentliche Erhöhung der Börsenwertsteuer und deren Erhebung namentlich auch auf die Devisen- und Noten-Geschäfte hatte ebenfalls die Wirkung, daß das loslose spekulative Treiben, das in den letzten Tagen noch wesentlich beschleunigt hatte, weiter ganz erheblich nachließ, und daß gleichzeitig das Angebot von Seiten veräußelter Dampfer wieder größer wurde. Darüber hinaus gewann wieder die Ansicht die Oberhand, daß die Reparationskommission bei ihrem Hiersein doch zu der Einsicht kommen müsse, die Zahlungsversprechungen zu erleichtern, obgleich gerade heute von anderer Seite eine Verschärfung und sogar die Forderung einer Beschränkung a conto der Januarfälligkeiten angekündigt wird. Hier heißt es also wieder einmal: abwarten.

Die Befestigung der Bekanntmachung über die Auskunftsfrist vom 12. Juni 1917.

Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller beschloß zur Folge der Aufhebung der Bekanntmachung über die Auskunftsfrist vom 12. Juni 1917 eine Eingabe an den Hrn. Reichswirtschaftsminister zu richten, um die Aufhebung dieser Bekanntmachung zu erwirken. Die Bekanntmachung über Auskunftsfrist ist im Jahre 1917, also während des Krieges erlassen worden und sollte in erster Linie den militärischen Beschaffungsstellen die Möglichkeit der Nachprüfung der Preisfaktulation geben. Sowohl während des Krieges als in der folgenden Zeit haben die Behörden auch in anderen Fällen die Bekanntmachung angewandt, haben damit die ihnen durch die Bekanntmachung gegebene Ermächtigung überschritten und für ganz andere Zwecke benutzt. Die Einschränkung in die Geschäftsbücher durch dem Betriebe fremde Persönlichkeiten wird von allen Unternehmungen als eine außerordentlich lästige obrigkeitliche Bevormundung und überaus unangenehm empfunden, zumal der Erfolg, der durch die Auskünfte und Einsichtnahmen erzielt wird, gleich null gerechnet werden kann. Soweit durch die auf Grund der Bekanntmachung gemommene Auskunft Preisbewegungen und Kalkulationen nachgeprüft werden sollen, hat sich das Verfahren am besten schon als ganz überflüssig erwiesen, weil bei ausgedehnten Industrien die Untersuchungen wochen- und monatelang dauern und zu dem Zeitpunkt, an dem die Feststellungen seitens der Behörden getroffen werden, sich die wirtschaftlichen Verhältnisse und damit die gesamten Preisgrundlagen völlig verschoben und verändert haben. Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller ist der Meinung, daß die Aufhebung der Bekanntmachung sich durchaus vereinbaren läßt mit dem Rechte z. B. des vorläufigen Reichswirtschaftsrates und anderer bestimmt zu ernennenden Behörden, innerhalb ihres Tätigkeitskreises Auskunft zu verlangen. Nach Aufhebung der Zwangswirtschaft muß jedoch diese aus ihr entstandene Bekanntmachung über Auskunftsfrist abgebaut werden. Unter dem Hrn. Reichswirtschaftsministerium der von dem Verband gefällte Antrag auf Aufhebung der Auskunftsfrist vorläufig abgelehnt worden. Das Reichswirtschaftsministerium bestritt die Zweckbestimmung des Gesetzes, wie es oben dargestellt ist, und hält das bisher vorgenommene Verfahren der nachgeordneten Behörden für gesetzlich. Die Industrie wird sich mit dieser Antwort nicht beruhigen können und wird dafür sorgen, daß der Reichstag sich einmal mit den durch die Anwendung der Verordnung sich ergebenden Abständen befaßt und zur Frage der Aufhebung oder Beibehaltung der Verordnung Stellung nimmt.

Die Fachgruppe Textilindustrie des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat sich in der vor kurzem zu Berlin abgehaltenen Sitzung ihres Ausschusses, die von über 50 Vertretern der angeschlossenen Verbände besucht war, eingehend mit der Frage des Verkaufs unter Preisvorbehalt befaßt. Sie hat sich dabei fast einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß die Industrie trotz der unübersichtlichen und sich überschneidenden Konkurrenzbewegung im Interesse möglicher Stetigkeit des Wirtschaftslebens mit allen Kräften bestrebt sein muß, bei in- und ausländischen Lieferungen nur zu festen Preisen, also ohne jeden Preisvorbehalt, zu verkaufen. Zu der Frage von Preisauflagen bei laufenden vorbehaltlosen Verträgen hat sich der Ausschuss einstimmig dahin ausgesprochen, daß Preisauflagen bei derartigen Verträgen unbedingt unterbleiben müssen, es sei denn, daß sie auf Grund einer ausdrücklichen Vereinbarung erfolgen. Zur Frage der Fakturierung in Auslandswährung sah die Industrie folgende Entscheidung: Ausfuhrgeschäfte nach Ländern mit fester Währung sollten nach Möglichkeit nur in der Währung des Empfängerlandes getätigt werden, und zwar gilt dies in gleicher Weise für die Industrie wie auch für den Handel. Dagegen lehnt der Ausschuss jeden Zwang zur Berechnung in Auslandswährung ausdrücklich ab. Der Ausschuss empfiehlt, dahin zu wirken, daß die aus dem Ausfuhrgeschäft resultierenden Devisen, soweit sie nicht zu Rohstoffen benötigt werden, für die Zwecke der Reichsbank zur Verfügung gestellt werden. Die Industrie erwartet, daß auch der Handel die Bestrebungen der Industrie, Devisen zur Fortführung der Produktion zu beschaffen, unterstützt.

Das starke Anziehen der Mark.

London, 10. November. Laut „Daily Chronicle“ ist das starke Anziehen der Mark an der gestrigen Börse in der Hauptsache auf große Anläufe von Südamerika zurückzuführen, das beträchtliche Handelsbeziehungen mit Deutschland unterhält.

Die Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft hält die außerordentliche Generalversammlung zur Beschlußfassung über die Erhöhung des Aktienkapitals um 150 Mill. M. Dienstag, den 29. November in Hamburg ab. (S. Ant.)

Chemnitz, 9. November. In der heute hier abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrates der Sächsischen Maschinenfabrik vorm. Richard Hartmann, A. G., gelangte der Beschluß für das Geschäftsjahr 1920/21 zur Vorlage. Er weist einschließlich des letzten Jahres Nettogehalts und nach Abzug eines Betrages von 15 Mill. M., der

einem Wertehaltungskonto zugeführt wird, einen Nettogehalt von 17 476 060,21 M. (12 543 110,19 M. im Vorjahr) auf. Nach Abzug von 2 943 290,33 M. (L. B. 2 360 258,14 M.) Abschreibungen verbleibt ein Reingehalt von 14 532 769,88 M. (10 202 852,05 M.). Es wird der Hauptversammlung vorgeschlagen werden, hiervon 2 Mill. M. für Geschäftszwecke (L. B. 1 200 000 M.) sowie 137 000 M. zur Auffüllung der Talonsteuerreserve (70 000 M.) zu verwenden, alldann eine Dividende von 25 % (18 %) zur Verteilung zu bringen und den nach Abzug der Aufsichtsratsanteile verbleibenden Rest auf neue Rechnung vorzutragen. Die Hauptversammlung wird auf den 3. Dezember nach Chemnitz einberufen werden.

Berlin, 10. November. Die Konstriktion und Währungsungewissung des Reichs hat sich auf die sächsischen Bergwerksbetriebe, die sich außerhalb des Gebietes der tschecho-slowakischen Republik im Eigentum der tschecho-slowakischen Staatsangehörigen befinden, mit Frist bis zum 25. d. M. angeordnet worden. Nähere Informationen werden Interessenten von den tschecho-slowakischen Konsulatsämtern in Deutschland erteilt.

Hamburg, 10. November. Die Steinkohlenscheitelfabrik Tamed & Beth ist von einem Konkursverwalter unter Führung der Kolonial-A. G., Filiale Hamburg, und der Läger Privatbank in Läger in die Unterbeholdung des Reichsbankrott-A. G. mit 15 Mill. M. Kapital umgewandelt worden. Der Aufsichtsrat besteht vorbehaltlich weiterer Zuwahl aus Carlo J. Thomassen als Vorsitzenden, Direktor Martens von der Läger Privatbank, Dr. Aufhäuser, Henry-Koppenhagen, J. H. Samson, J. H. D. Samson-Hamburg und Bankdirektor E. Sälz von der Kolonialbank, Filiale Hamburg, der Vorstand aus Gassen und Kretschmer. Die Fabrik stellt hochwertige Steinkohlenscheitel sowie Erzeugnisse und Behälter aus jeder Art her.

Berlin, 10. November. Teilsenturze.

Teilsenturze	10. 11.	10. 11.	9. 11.	9. 11.	
Teilsenturze	10. 11.	10. 11.	9. 11.	9. 11.	
Holland	100 Gulden	934,69	937,35	941,37	9708,70
Frankfurt	100 Mark	4825,15	4834,35	4420,55	442,45
London	100 Pfund	6193,90	62,67	5994,30	578,70
Paris	100 Franc	3145,25	3783,76	3471,50	3478,50
Brüssel	100 Franc	5194,81	519,58	519,58	492,50
Wien	100 Kronen	8,73	8,77	8,70	8,77
Madrid	100 Pesetas	284,70	285,30	279,70	280,30
Bombay	100 Rupees	22,47	22,59	20,22	20,28
Calcutta	100 Rupees	3946,75	3953,95	3671,50	3678,50
Manila	100 Pesetas	1698,75	1613,95	1774,30	1778,90
Singapore	100 Dollars	1128,95	1131,15	1058,05	1061,05
Batavia	100 Gulden	1083,90	106,10	981,50	983,50
Sourabaya	100 Gulden	272,22	272,78	252,74	253,28
Samarang	100 Gulden	2007,95	2012,05	1798,20	1801,90
Solo	100 Gulden				

Bericht über die Lage des Arbeitsmarktes im Oktober 1921.

(Zum Zentralarbeitsnachweis.) Der „Arbeitsmarkt Deutschlands“ hat einen Umfang angenommen, der geradezu unheimlich wirkt. Der unerhörte Niedergang der Marktwährung, der wieder die bekannten Folgeerscheinungen, Abgänge der einheimischen Bevölkerung und starke Verlebung des Auslandsgeschäftes zeitigt, hat geradezu zu einer allgemeinen Flucht vor der Mark geführt. Diese riesenhaften Käufe riesigen nahrungsmittel- und gewerblichen Bedarfs haben den Arbeitsmarkt gänzlich. Die Arbeitslosigkeit ist nahezu auf den Stand der Vorkriegszeit gestiegen.

Trotzdem muß diese Entwicklung mit einer gewissen Sorge erfüllt sein; denn es taucht in Anbetracht des Scheincharakters dieser Hochkonjunktur immer dringender die Frage auf: Wie lange kann das noch anhalten, wann und wie kommt der Rückschlag? Gerade die rasche Zunahme der Arbeitsmöglichkeiten in den letzten Wochen und Monaten läßt den Rückschlag, der mit dem Winter und dem Abflauen der Ausverkauf- und Eindeckungskonjunktur doch schließlich eintreten muß, um so fester voraussehen, zumal wenn der in katastrophaler Weise gesunkene Marktwert die Beschaffung von Rohstoffen aus dem Ausland nicht mehr zuläßt, die Vorräte des Inlandes insbesondere durch den Ausverkauf nach dem Auslande aufgebraucht sind und Warenmangel und mangelnde Kaufkraft den Umsatz im Inlande auf ein geringes Maß zurückdrücken.

Augenblicklich ist die Arbeitsmarktlage als die günstigste seit Beendigung des Krieges zu bezeichnen. In Dresden hat sich der Arbeitsmarkt so gestaltet, daß für viele und wichtige Berufe ein seltener Mangel an Arbeitskräften besteht, z. B. im ganzen Baugewerbe, an Formern, Kupfer- und Messingbearbeitern, Metallbearbeitern, an Schneidern, Weinstäbelerinnen, Schuhmacherinnen, Kürschnern, Strohhutmacherinnen, Fabrikmaschinenmachern, Tischlern, Wässhern, Verkaufserinnen und Verkäuferinnen gewisser Geschäftszweige, geübten Stenotypistinnen und Hauspersonal jeder Art. In der Metall- und Maschinenindustrie ist eine erhebliche Besserung eingetreten (die Zahl der Arbeitssuchenden ist im Oktober um 300 zurückgegangen), dagegen ist bei den Bädern, Fleischern, im Handelsgewerbe und bei den freien Berufen die Lage unübersichtlich schlecht. In der Zigarettenindustrie ist nach der Hochkonjunktur der letzten Monate der zu erwartende Rückschlag eingetreten, jedoch die Zahl der weiblichen Arbeitssuchenden um reichlich 300 gestiegen ist. Die mit der Zigarettenindustrie eng zusammenhängenden Kartonnagenfabriken sind ebenfalls stark in Mitleidenenschaft gezogen worden.

Die Zahl der beim Zentralarbeitsnachweis gemeldeten Arbeitssuchenden ist im Oktober von 8272 auf 7610 gesunken. Bei den männlichen Arbeitssuchenden ist ein Rückgang von 1002, bei den weiblichen eine Zunahme von 340 festzustellen (hauptsächlich Zigarettenarbeiterinnen). Die Zahl der unterhaltungsberechtigten Erwerbslosen ist im gleichen Zeitraum von 4475 auf 3518, also um 957 gesunken. Außerdem sind noch 5249 Zuschlagsempfänger (Familienangehörige der Bollerwerblosen) vorhanden. 1669 Arbeitssuchende sind länger als 6 Monate arbeitslos, das sind 584 weniger als zu Beginn des Monats. Auf die ungelerneten Berufe entfallen 1005 (1279), auf die freien Berufe 152 (177), auf das Handlungsgewerbe 138 (181) und auf das Handelsgewerbe 127 (162) Arbeitssuchende, die länger als 6 Monate auf Arbeit warten. Auf-

fällig ist, daß die Zahlen für die männlichen Arbeitssuchenden in allen Altersklassen, zum Teil sogar sehr erheblich, abgenommen haben, während sie in allen Altersklassen der weiblichen Arbeitssuchenden zugenommen haben.

In der Gesamtzahl der Arbeitssuchenden sind 1212 erwerbsbeschränkte Personen enthalten. Die Zahl der neuangehenden offenen Stellen ist bei den männlichen Berufen um 738 höher, bei den weiblichen um 238 geringer als im Vormonat. Insgesamt wurden im Oktober 11 447 (10 947) offene Stellen gemeldet, von denen 10 363 (9839) besetzt werden konnten. Die Zahl der vermittelten Dauerstellen ist bei den männlichen Berufen um 737 gestiegen, bei den weiblichen um 90 gefallen.

Lohnbewegung.

Dresden, 10. November. Zur Krisis in der Metallindustrie berichtet man uns, daß zufolge der Aufforderung der drei Spitzenorganisationen die Angestellten der Metallindustrie sich am vergangenen Dienstag im Gewerbehause zu einer Massenversammlung einfanden, die von etwa 3000 Personen besucht war. Das zur Regelung der Tariffrage angeregte Schiedsgericht unter dem unparteiischen Vorsitz des Regierungsrates Brandt wurde von der Mehrzahl der Anwesenden, unter Berücksichtigung der außerordentlich bedrückten Lage, unter der das gesamte deutsche Volk zurzeit wirtschaftlich zu leiden hat, gutgeheißen. Es wurde nachstehende Entschlieung angenommen: Die am Dienstag, den 8. November, im Gewerbehause versammelten Angestellten der Metallindustrie nehmen mit Entschiedenheit Kenntnis

Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zu einer am Dienstag, den 29. November 1921, vormittags 11 Uhr, im Sitzungssaale der Bank in Hamburg, Ref. 9, stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung eingeladen.

Tagesordnung:
Beschlußfassung über die Erhöhung des Aktienkapitals um nom. M. 150 000 000 Aktien und Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1921 ab unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre und entsprechende Änderungen der Satzungen, wie sie sich aus obiger Beschlußfassung ergeben.

Dieserigen Aktionäre, welche sich an der Generalversammlung beteiligen wollen, haben ihre Aktien spätestens am 25. November d. J. während der üblichen Geschäftsstunden bei unseren Niederlassungen in Hamburg, Berlin und Magdeburg, unseren sämtlichen Filialen und Zweigstellen und außerdem in Berlin für die Mitgliedschaft des Giroeffektendepots auch bei der Bank des Berliner Kaffeevereins sowie

- in Cassel bei dem Hessischen Bankverein Aktien-Gesellschaft,
- Chemnitz bei unserer Niederlassung und bei dem Chemnitzer Bank-Verein,
- Altona a. M. bei unserer Niederlassung und bei Herrn J. S. Ziein,
- Dresden bei unserer Niederlassung und bei dem Chemnitzer Bank-Verein,
- Falkenstein bei der Sogländischen Credit-Anstalt,
- Frankfurt a. M. bei unserer Niederlassung und bei den Herren J. Treusch & Co.,
- Gera (Reuß) bei der Firma Gebr. Oberländer,
- Löbau bei der Löbauer Bank,
- München bei unserer Niederlassung und bei der Bayerischen Vereinsbank,
- Reimar bei unserer Niederlassung und bei der Thüringischen Landesbank Aktien-Gesellschaft

zu hinterlegen und bis zum Schluß der Generalversammlung daselbst zu belassen oder die Hinterlegung bei einem deutschen Notar dadurch nachzuweisen, daß sie einer der genannten Anmeldestellen spätestens am 25. November d. J. einen ordnungsmäßigen Hinterlegungschein des Notars in Verwahrung geben. Dieser Hinterlegungschein gilt nur dann als ordnungsmäßig, wenn darin die hinterlegten Aktien nach Nummern genau bezeichnet sind und wenn überdies in dem Hinterlegungschein selbst bezeugt ist, daß die Aktien bis zum Schluß der Generalversammlung bei dem Notar in Verwahrung bleiben. Wegen Hinterlegung der Aktien oder Einreichung der notariellen Hinterlegungscheine werden Eintrittskarten ausgedrückt. Die zu hinterlegenden Aktien können ohne Gewinnaufschlag und Erneuerungschein eingereicht werden. 6748

Hamburg, den 5. November 1921. Der Vorstand.

Wasserkände der Elbe und Moldau.
Wasserkände der Elbe und Moldau. Die Wasserstände der Elbe und Moldau sind im Oktober um 18 - 42 - 9 + 22 + 42 - 14 - 163 9. Nov. - 18 - 42 - 9 + 22 + 42 - 14 - 163 10. Nov. - 16 - 5 - 11 + 27 fehlt fehlt - 165

Wetterbericht der Landeswetterwarte zu Dresden.

Wettertelegramme vom 10. November 7 Uhr früh.

Station	Temp. größt.	Wetterbedingungen heute (ab 7 Uhr)		Temp. größt.	Wetter	
		Min.	Max.			
Dresden	11,0	-3,1	0,3	-4,3	bezt., trüb	
Leipzig	11,0	-4,0	1,0	-2,0	bezt., "	
Bamberg	10,0	-5,0	1,5	-3,5	trüblich	
Bayreuth	10,0	-4,3	0,3	-3,3	trüblich, trüb	
Regensburg	10,0	-3,0	0,2	-1,4	bezt., "	
München	10,0	-4,5	-0,3	0,8	-1,0	"
Wien	10,0	-4,0	-0,5	0,4	-4,7	trüblich
Prag	10,0	-4,0	-1,7	0,3	-4,3	"
Brno	10,0	-4,0	-1,7	0,5	-5,2	bezt., "
Warschau	10,0	-5,1	-1,4	0,9	-2,0	"
St. Petersburg	10,0	-10,0	-1,0	-	-7,0	bezt., "
Konigsberg	10,0	-4,0	-2,8	0,9	-8,0	trüblich, trüb
Kiel	10,0	-7,0	-3,5	1,3	-4,0	bezt., "
Hamburg	10,0	-10,0	-5,8	2,0	-11,4	bezt., trüb

von dem völlig unzulänglichen Angebot der Arbeitgeber, das zum Verhandlungsabbruch führte. Dem mit der Verhandlung beauftragten Organisationsrat wird das volle Vertrauen ausgedrückt und erklärt, daß das vorgelegene Schiedsgericht die Zustimmung der Versammlung findet. Die heute bittere Not leidende Angestelltenschaft erwartet von den in das Schiedsgericht entsandten Arbeitnehmervertretern die energigste Betretung und appelliert gleichzeitig an das soziale Gewissen der Arbeitgebervertreter des Schiedsgerichtes, daß ein Spruch zustande kommt, der die Existenz der Angestellten-schaft sicherstellen geeignet ist.

Die Tagung des Schiedsgerichtes findet morgen, Freitag, vormittags 9 Uhr, im großen Saale der Reichshauptmannschaft in öffentlicher Sitzung statt. Zu vorstehender Notiz schreibt uns der Gewerkschaftsbund der Angestellten, daß das Ergebnis des Schiedsgerichtes, das endgültig entscheidet, in der Mitgliederversammlung, die ebenfalls am Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Hotel „Drei Raben“, Marienstraße, stattfindet, bekanntgegeben wird.

Dresden, 9. November. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GWA) teilt uns mit: Am 1. November 1921 ist ein weiterer Nachtrag zu dem am 26. August 1920 abgeschlossenen Landestarifvertrag für die kaufmännischen Angestellten im Baugewerbe des Freistaates Sachsen geschlossen worden, der bis 31. Dezember 1921 Gültigkeit haben soll. Bei wesentlicher Veränderung der Lebenshaltungskosten findet § 5 Abs. 7 Anwendung, so daß auch vor Ende Dezember d. J. neue Vereinbarungen getroffen werden können.



Koks

für Dauerbrandöfen
— markenfrei —

liefert in allen Sortierungen billigst

M. Seliger

Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Freiberger Str. 32. Fernspr. 14524.

August Förster
Edle Tonfülle
Solideste Bauart
Mäßige Preise
Günstige Zahlungsbedingungen
August Förster
Waisenhausstr. 8
Centraltheater-Passage.

Flügel
Residenztheater.
Die spanische Nachtigall.
Anfang 7 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

3000 Linden
zur Straßenpflanzung
gibt billig ab
Baumschule Badersen,
Post Leuben b. Riesa.

Zageskalender.
Freitag, 11. Nov.
Centraltheater.
Cypernhaus.
Abend, Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.
Sonabend: Der Zombador. Anfang 7 1/2 Uhr.

Centraltheater.
Die spanische Nachtigall.
Anfang 7 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Sonabend: Der Zombador. Anfang 7 Uhr.

Vittoriatheater.
Tägliche Gastspiele Paul Weders. Anfang 7 1/2 Uhr.

Familiennachrichten.
Verlobt: Hr. cand. ing. Rudolf Meyer mit Frä. Elisabeth Hartung in Dresden; Hr. Zahnarzt Paul Wessig in Zwickau mit Frä. Charlotte Papendorf in Eisenhof. — Vermählt: Hr. Major a. D. Walter Joachim v. Rindow mit Frä. Carla Hedener in Dresden - Nadeburg; Hr. Eisenbahn-Bez.-Kassier Friedrich Lutow in Leipzig mit Frä. Grete Hennig in Daxtha i. S. — Gefordern: Hr. Badermeister Karl Paul Hänel (61 J.) in Dresden; Hr. Oskar Schneider, Fabrikant und Großhändler (46 J.) in Dresden; Hr. Bruno Jümet (48 J.) in Dresden-Cotta; Hr. Fleischermeister Wilhelm Rühlmann (65 J.) in Dresden; Hr. Carl Otto Reil, Seniorchef des früheren Bankhauses Saksfeldt (79 J.) in Leipzig.

Der Nachdruck auf dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck bet Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingung.

Für den Anzeigenentwurf verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Müller in Dresden.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.